

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 15.04.2024

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou

Ratsherr Michael Dregger

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsherr Björn Schöttler

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

Ratsherr Christoph Weiland

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Fabian Ferber

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke

Ratsherr Dominik Hass

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Ilona Bartocha
Ratsfrau Julia Decker
Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Dominik Petereit

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filipppek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch
Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Frau Claudia Stelse
Frau Franziska Eicker

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Frau Nathalie Kompernaß

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Frau Sabine Weichler

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Frau Karolina Zylakowski

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Frau Susanne Gerlach

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Schritfführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsfrau Ursula Meyer

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Thomas Kruber

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Herr Stephan Theo Hammer

Herr Frank Kusmirtz

Herr Marcus Müller

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

1. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

2. Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen

Vorlage: 020/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE. nachstehenden

Beschluss:

Der Ev. Versöhnungskirchengemeinde wird als Trägerin der Kindertageseinrichtungen „Friedrich-von-Bodelschwingh“ / Wiesmannstraße und „Unterm Himmelszelt“ / Am Brutenberg ab dem 01.08.2024 (Kindergartenjahr 2024/2024) ein freiwilliger Zuschuss zu den Kindpauschalen in Höhe des Trägeranteils an den Betriebskosten unter Berücksichtigung eines Eigenanteils von jährlich 20.000,- € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Enthaltungen: 2

3. Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten des Vereins Spielmäuse e.V. für die Kindertagesbetreuung

Vorlage: 022/2024

In einer persönlichen Erklärung gegenüber Bürgermeister Wagemeyer erklärt sich Ratsherr Hellwig für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Dem Verein Spielmäuse e.V. wird jeweils ein zusätzlicher Zuschuss für den weiteren Betrieb der Kindertagesbetreuung und zur Erfüllung der Betreuungsverträge für 2024 in Höhe von 13.575 €, für 2025 in Höhe von 10.858 € und für das Jahr 2026 in Höhe von 5.355 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
befangen: 1

4. Vorlagen zum Tagesordnungspunkt 5.3 "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)"

**4.1. Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beratung der Punkte 1 bis 10 des Antrages der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 gemäß geändertem Beschluss des Rates vom 22.01.2024
Vorlage: 052/2024**

**4.1.1. Haushaltsplan 2024/2025 - 1. Ergänzung;
hier: Beratung der Punkte 1 bis 10 des Antrages der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 gemäß geändertem Beschluss des Rates vom 22.01.2024
Vorlage: 052/2024/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei drei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsherrn Bartsch folgende

Beschlüsse:

Zu den Punkten 1 bis 10 des Antrages der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 werden auf Basis der Beschlussempfehlungen der vorberatenden Fachausschüsse sowie des Haupt- und Finanzausschusses folgende Beschlüsse gefasst:

Punkt 1: Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes von einer weiteren Anhebung der Gewerbesteuern abzusehen. Die gesetzlich vorgesehene Neubemessung der Grundsteuern wird – wie angekündigt – aufkommensneutral umgesetzt.

Punkt 2: Kompensation der Kosten/Mehrausgaben, die durch die Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstanden sind bzw. weiter entstehen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die vor dem Hintergrund der Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstandenen Kosten/Mehrausgaben auch weiterhin vollumfänglich zu erfassen und bei der Autobahn GmbH, dem Bund und dem Land NRW geltend zu machen – bei weiterer Ablehnung auch auf juristischem Weg.

Punkt 3: Entmietung externer Büroflächen – Erarbeitung Raumkonzept

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein umfassendes und vollständiges Raumkonzept für alle Verwaltungsbereiche zu erarbeiten (bei Bedarf mit externer Hilfe) und in diesem Zuge ein Konzept zur mittel- bis langfristigen Entmietung externer Büroflächen zu entwickeln und dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Hierbei ist selbstverständlich sicherzustellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung über moderne und optimal ausgestattete Arbeitsplätze verfügen, aber auch dem Wunsch nach mobilem Arbeiten Rechnung getragen wird.

Der Stellungnahme der Verwaltung vom 06.02.2024 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des entsprechenden HSK-Vorschlages Nr. 6 sowie des Ratsbeschlusses vom 22.01.2024 zum Raumprogramm für die Verwaltung der Stadt Lüdenscheid beauftragt.

Punkt 4: Zusammenfassung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine einheitliche Satzung für KiTa- und OGS-Gebühren unter Berücksichtigung der folgenden Gesichtspunkte zu überarbeiten:

- einheitliche Ermittlung von Gebühren in einer einzigen Beitragsstelle
- Vorerfassung/Vorabberechnung der Beiträge – z.B. durch die eingesetzte KIVAN-Software

Punkt 5: Zentrale Vermietung von Räumlichkeiten unter Berücksichtigung der Förderung von Vereinen und Verbänden

Die Verwaltung wird beauftragt:

- eine Bestandserhebung/-erfassung aller vermietbaren städtischen Räumlichkeiten durchzuführen,
- für diese Räumlichkeiten die unterschiedlichen Möglichkeiten und formellen Voraussetzungen für eine Vermietung zu prüfen,
- die Vor- und Nachteile einer Vermietung unter Berücksichtigung der Vereinsförderung und auch des privaten Angebotes innerhalb unserer Stadt aufzuzeigen und
- die Vor- und Nachteile einer zentralen Vermietstruktur innerhalb der Verwaltung unter Betrachtung der finanziellen, organisatorischen und personellen Anforderungen darzulegen.

Das Konzept wird dem Kulturausschuss am 12.09.2024 zur Beratung vorgelegt.

Punkt 6: Digitalisierung von Prozessen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Digitalisierung von Prozessen voranzutreiben und ein Konzept vorzustellen, das sich u. a. auf die folgenden Gesichtspunkte bezieht:

- ein Digitales Formularmanagement
- ein Enterprise Content Management (Dokumenten Management System)
- eine E-Akte / Workflows innerhalb von Verwaltungsprozessen
- ein medienbruchfreies, digitales Angebot von Dienstleistungen im Rahmen des Bürgerservices

Der Bürgerservice soll erhöht und der Verwaltungsaufwand für wiederkehrende Prozesse durch IT unterstützt und verschlankt werden.

Punkt 7: Nachhaltige Investitionen in den Gebäudebestand (z. B. Energiekosten-Senkung durch verstärkte Nutzung von Photovoltaik für Mobilität, Wärme, Strom)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einzuhalten. Bei allen aktuell anstehenden Investitionen sind weiterhin Möglichkeiten zu prüfen, bei denen -z.B. durch die Installation einer Photovoltaik-Anlage- durch die Eigen-erzeugung und -nutzung von Energie auf Dauer Kosten eingespart werden können.

Punkt 8: Steuerung der Beteiligungen als Profit- bzw. Cost-Center nach klaren Vorgaben; Generierung von Einnahmen im eigenen Verantwortungs- bzw. Beeinflussungsbereich

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern sich Zuschüsse an Beteiligungen durch die Generierung von Einnahmen im eigenen Verantwortungs- und Beeinflussungsbereich der Gesellschaft ersetzen oder teilweise kompensieren lassen.

Punkt 9: Ausschreibung von KiTa-Trägerschaften / KiTa-Bauträgerschaften (nach vorheriger "Make or Buy-Prüfung")

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

- a) neue KiTa-Trägerschaften in der Zukunft auszuschreiben
- b) für die Investition in neue Kindertagesstätten/Einrichtungen dasselbe Prüfverfahren anzuwenden wie im Vorfeld der KiTa-Bauträgerschaftsentscheidung für die „Hintere Parkstraße“ / „Kita Lenneteich“

Die idealtypische Verteilung der Kita-Trägerschaften soll weiter geführt werden.

Punkt 10: Berücksichtigung von Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt: Neubewertung der Abschreibungen / geplante Investitionen umsetzen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

- a) investive Ermächtigungen, die für ein Haushaltsjahr vorgesehen sind, künftig zu 60 Prozent umzusetzen und diese Kennzahl in den Haushaltsplan und den Jahresabschluss aufzunehmen
- b) Ermächtigungen nur dann zu übertragen, wenn vorab eine Neukalkulation erfolgt ist
- c) Die Abschreibungen der Stadt Lüdenscheid im Bereich der Verkehrsflächen neu zu bewerten und den zuständigen Gremien entsprechend den Ergebnissen der Zustandsüberprüfung einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 3

5. Haushalt 2024/2025

5.1. Haushaltsreden

Zum vorliegenden Entwurf von Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) nehmen

Ratsherr Fröhling für die CDU-Fraktion (Anlage 1 zur Niederschrift)
Ratsherr Voß für die SPD-Fraktion (Anlage 2 zur Niederschrift)
Ratsherr Stach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3 zur Niederschrift)
Ratsherr Holzrichter für die FDP-Fraktion (Anlage 4 zur Niederschrift)
Ratsherr Filippke für die Fraktion DIE LINKE. (Anlage 5 zur Niederschrift)
sowie
Ratsherr Bartsch für die ÖDP (Anlage 6 zur Niederschrift)

Stellung.

5.2. Stellenplan 2024/25
Vorlage: 012/2024

5.2.1. Stellenplan 2024/25 - 1. Ergänzung
Vorlage: 012/2024/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2024/25 wird beschlossen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung
 - a. die Durchführung der Aufgabenkritik verstärkt voranzutreiben.
 - b. in den nächsten Jahren schrittweise ein Prozessmanagement in der Verwaltung zu etablieren,
 - c. auch darauf aufbauend, die Verwaltungsorganisation so weiterzuentwickeln, dass diese umfänglich auf
 - i. eine umfassende Digitalisierung
 - ii. den Fachkräftemangel
 - iii. die neuen, vielfältigen Bedrohungsszenarien vorbereitet und ausgerichtet ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

5.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025
(einschließlich Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 046/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei 17 Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE sowie der Ratsherren Bartsch und Haase folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 sowie das Haushaltssicherungskonzept werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 17

6. Fortschreibung Wasserversorgungskonzept für die Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 010/2024

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Auswirkungen der Grundsteuerreform in Lüdenscheid
Vorlage: 033/2024

Der Bericht über die Auswirkungen der Grundsteuerreform in Lüdenscheid wird zur Kenntnis genommen.

**8. Integriertes energetisches Quartierskonzept Kluse / Tinsberg
Vorlage: 001/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Der Stadtplanungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Lüdenscheid nehmen die Ergebnisse des integrierten energetischen Quartierskonzeptes Kluse / Tinsberg zur Kenntnis und der Stadtplanungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen und der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

**9. Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum
2024-2027
Vorlage: 041/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Bericht "Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum 2024-2027" wird zur Kenntnis genommen.
2. Die im Bericht vorgeschlagenen Ausbauplanungen werden beschlossen.

Hierzu gehören bis zum Kindergarten-Jahr 2026/2027 auch:

- die Weiterverfolgung der Umsetzung der bisherigen Planungen,
- die Anpassung der Versorgungsquote für U3 Kita-Plätze bis zur nächsten Fortschreibung von 44,3 (Ist in 2023/2024 = 48,23 %) auf 50 Prozent,
- das jährliche Bedarfs- und Bestandsmonitoring der Verwaltung und bei Planabweichungen die Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

**10. Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: 013/2024**

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.

11. Beschluss des Gleichstellungsplanes 2024 - 2028
Vorlage: 060/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt den in der Anlage beigefügten Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2028.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

12. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Verwaltungsrat der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH
Vorlage: 054/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Als ordentliches Mitglied für Ratsfrau Ursula Meyer wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates in den Verwaltungsrat der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH Ratsfrau Susanne Mewes bestellt.
2. Als stellvertretendes Mitglied für Ratsfrau Susanne Mewes wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates in den Verwaltungsrat der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH Ratsherr Oliver Fröhling bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

13. Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 063/2024

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Die LINKE. wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Jugendhilfeausschuss:

Ratsherrn Josef Filippek als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied anstelle von Herrn Jannis Warszeit.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**14. Änderung der Allgemeinen Vertretungsliste der Fraktion DIE LINKE. für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
Vorlage: 064/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied.

Allgemeine Vertretungsliste der Fraktion DIE LINKE. für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Sachkundige Bürgerin Marion Kempf
Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filippek

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**15. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2023
hier: Gehwegsanierung
Vorlage: 062/2024**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei den in der Begründung dieser Beschlussvorlage aufgeführten Instandhaltungsrückstellungen werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 € bewilligt: Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Instandhaltungsrückstellung IR STL 043 – Fugensanierung Rathausplatz – in Höhe von 75.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

16. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

16.1. Bekanntgaben

16.1.1. Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung in Städten und Gemeinden

Bürgermeister Wagemeyer gibt bekannt, dass eine Antwort des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen auf das Schreiben bezüglich der Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung in Städten und Gemeinden eingegangen sei und verliest diese.

Das Antwortschreiben ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

16.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen bis auf die unter Tagesordnungspunkt 16.3 „Anfragen“ vor.

16.3. Anfragen

16.3.1. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Weiland vom 08.04.2024 sowie deren Beantwortung; Bautätigkeiten "Karussellplatz"

Ratsherr Weiland bedankt sich für die Beantwortung und teilt auf die Nachfrage von Bürgermeister Wagemeyer mit, dass er keine weiteren Nachfragen hätte.

In der Antwort zu Punkt 3 sei avisiert, dass nach einer anderen Aufstellfläche für das Silo gesucht würde. Er schlägt vor, das Silo eher zu versetzen. Damit könnte das Problem größtenteils gelöst werden.

Bürgermeister Wagemeyer sagt zu, diesen Vorschlag entsprechend weiterzugeben.

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

16.3.2. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Weiland vom 14.04.2024; Vermüllung des Bahngeländes unterhalb der Phänomenta

Zu Punkt 1) der Anfrage:

„Kann die Stadtverwaltung die Deutsche Bahn auf diese Zustände hinweisen und - ggf. gemeinsam kurzfristig nach Möglichkeiten suchen - das Gelände zu „entmüllen“, bevor es die Zugfahrpläne nicht mehr ermöglichen bzw. „erschweren“?“

trägt Bürgermeister Wagemeyer die folgende Antwort des Werksleiters des Stadtreinigungs-, Transport und Baubetriebes Lüdenscheid vor:

„Zuletzt habe ich in 2022 versucht, von der Bahn die Genehmigung zu bekommen, das Gleisbett reinigen zu dürfen. Dies wurde strikt abgelehnt und das, obwohl die Strecke gesperrt war. Die Bahn würde regelmäßig (6x pro Jahr) über einen Reinigungsstrupp das Gleisbett reinigen.“

Anbei auch die Mail der Bahn vom 22.09.2022 zu dieser Thematik zur Kenntnis.

Außerhalb der Bahngleise erfolgt im Bereich Bahnhof, Phänomentabrücke, Verbindungswege, etc., eine tägliche Handreinigung durch den STL.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.“

Ratsherr Weiland teilt mit, dass ihm diese mündliche Beantwortung ausreichen würde. Des Weiteren bäte er darum, dass die schriftliche Beantwortung des Punktes 2) der Anfrage zur Phänomena in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 22.05.2024 erfolgen möge.

Bürgermeister Wagemeyer sagt die Beantwortung für die nächste Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu.

Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

16.3.3. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Sanierungsbedürftiger Prallschutz in der Sporthalle an der Hauptschule Am Stadtpark

Ratsfrau Tschöke trägt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne vor.
Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine Beantwortung für die nächste Sitzung des Sportausschusses zu.

16.3.4. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ersching; Aufstellung des Blitzer-Anhängers in der Straße Im Wiesental

Ratsherr Ersching teilt mit, dass er gestern mit seinem Fahrrad die Straße Im Wiesental hochgefahren sei. Dort hätte ein Blitzer-Anhänger gestanden. Da diese Straße grundsätzlich für den Durchgangsverkehr gesperrt sei, halte er diesen Standort für ungeeignet. Er stelle daher die Frage, ob die Verwaltung dies genau so sehen würde bzw. welche Gründe für den Standort in der Straße Im Wiesental sprechen würden.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine Beantwortung zu.

16.3.5. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Haase; Statistisches Jahrbuch der Stadt Lüdenscheid

Ratsherr Haase bezieht sich auf das statistische Jahrbuch der Stadt Lüdenscheid. Dieses sei mindestens bis vor 20 Jahren in Papierform veröffentlicht worden.

Er hätte vor dem Cyber-Angriff auf die SIT auf der Webseite der Stadt Lüdenscheid gesehen, dass beim statistischen Jahrbuch nur noch die Stadtgröße und die Einwohnerzahl aus dem Jahr 2020 oder 2021 angegeben sei.

Er stelle daher folgende Anfrage:

Gibt es das statistische Jahrbuch noch in Papierform?

Falls nicht, gibt es das Jahrbuch in digitaler Form?

Und falls es eine der beiden Formen gibt, wo kann man es bekommen?

Bürgermeister Wagemeyer teilt zu der ersten Frage mit, dass es das statistische Jahrbuch in Papierform nicht mehr geben würde. Die restlichen Fragen würden geklärt und entsprechend beantwortet.

gez. Wagemeyer

gez. Kerstin Marré

Vorsitzender

Schriftführerin

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lüdenscheider Stadtverwaltung,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2024 ist schon relativ weit fortgeschritten und heute können wir endlich über den Haushalt beschließen. Durch die bekannten Unklarheiten und Veränderungen in den letzten Wochen und Monaten war es mal wieder, oder sogar mehr denn je, für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Und dann kam auch noch der Hacker-Angriff auf die SIT dazu. Daher gilt als erstes mein herzlicher Dank unserem Kämmerer Sven Haarhaus, seinem gesamten Team und allen, die in der Verwaltung in den verschiedensten Bereichen am Haushalts- und Stellenplan mitgewirkt haben. Vielen Dank für Ihren tatkräftigen Einsatz in unruhigen Zeiten!

Nun liegt das Zahlenwerk für die Jahre 2024 und 25 also vor uns und trotz aller Bemühungen klafft eine große Lücke von mehr als 30 Millionen Euro in diesem und 36 Millionen Euro im nächsten Jahr. Wir bekommen – salopp gesagt – die Enden nicht mehr zusammen. Doch dazu später mehr. Ich sollte jetzt auf die Bundesregierung schimpfen für die vielen zusätzlichen Aufgaben und Verpflichtungen, die die Kommunen übernehmen müssen, ohne ausreichend finanzielle Mittel dafür zu bekommen. Kritikpunkte gäbe es jedenfalls mehr als genug. Doch was bringt es uns heute? Gar nichts! Herr Voß wird dann gleich in seinem Vortrag wiederum kein gutes Haar an der Landesregierung lassen und Herr Holzrichter stimmt später in dieses Klage lied mit ein. Schwierig wird es indes für den grünen Kollegen Stach, er kann eigentlich weder auf Land noch Bund verbal herumdreschen. Da hat es später Herr Füllpeck wieder leichter, der in gewohnter Manier alle Ebenen kritisieren wird, utopische und unfinanzierbare Forderungen stellen und fernab jeglicher Realität die vermeintlichen Vorzüge links-sozialistischer Lehre predigen wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die politische Farbenlehre auf den verschiedenen Ebenen unserer Republik und der Fingerzeig auf andere Instanzen bringt uns hier vor Ort leider keinen Schritt weiter. Auch mir ist bekannt, dass die Kreisumlage deutlich gestiegen ist und die Kommunen dafür tiefer in die Tasche greifen müssen. Dennoch gehe ich so weit und sage, dass Lüdenscheid im Grunde gar kein Einnahmeproblem hat, sondern ein Ausgabeproblem, bzw. ein Strukturproblem. Wir geben mehr Geld aus, als wir einnehmen, dabei befinden sich die Gewerbesteuererinnahmen seit Jahren auf Rekordniveau. Die Jahresergebnisse der letzten Haushaltsjahre waren immer deutlich besser als die Prognosen bzw. die Pläne. Darüber hinaus haben die Kommunen, zumindest in unserem Bundesland, ähnliche wenn nicht sogar nahezu identische Rahmenbedingungen und Herausforderungen. Und doch gelingt es einigen Städten und Gemeinden, deutlich besser dazustehen als andere – nicht zuletzt durch kreative Ideen.

Und so kommen wir zur Politik hier vor Ort. Ein Haushalt ist schließlich nichts anderes als in Zahlen gegossene Politik mit ihren entsprechenden Gestaltungsschwerpunkten. Und genau hier werden die Defizite in Lüdenscheid deutlich. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt „Wer sein Ziel nicht kennt, wird den Weg niemals finden“. Leider hat sich daran bis heute nichts geändert. Es ist scheinbar auch gar nicht gewünscht, zumindest nicht von Ihnen, Herr Bürgermeister. Denn in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März sagten

Sie – ich zitiere: „Ich halte die Stadtentwicklung für keine exorbitant wichtige Aufgabe.“ Dies jedenfalls war Ihre Antwort auf den CDU-Antrag, eine zusätzliche Stelle für die Stadtentwicklung zu schaffen. Hier wird aus unserer Sicht nicht nur eine Chance vertan, sondern die Zukunft unserer Stadt leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Die Ratsmehrheit und der Bürgermeister haben nach wie vor keine Idee für Lüdenscheid, keine Vision, kein Ziel und keine Lösungen. Und so zeigt der Haushaltsplan keinen Gestaltungswillen, keine Schwerpunkte für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt und letztendlich keinen Plan. Ich jedenfalls erkenne nicht, wo der Bürgermeister eigene Ideen einbringt oder Lösungen erarbeitet hat. So haben Sie, Herr Bürgermeister, des Öfteren betont, dass die Kultur bei Ihnen Chefsache sei. Doch wo kann man das erkennen? Wo ist dies im Haushalt ersichtlich? Im Kulturhaus mit seinen personellen Problemen jedenfalls schon mal nicht. Chefsache Kultur? Oder ist es die „Nacht der Kultur“? Eine wirklich tolle Veranstaltung, die aber keine gänzlich neue Idee war, sondern in vielen anderen Städten schon in ähnlicher Form durchgeführt wird. Chefsache Kultur? Oder meinen Sie Gitarre spielen und singen auf der Bühne nach einer Kundgebung? Chefsache Kultur?

Kultur ist unbestritten wichtig für eine Stadtgesellschaft. Aber nach der Ankündigung „Kultur ist Chefsache“ hatten nicht nur wir eine gewisse Erwartungshaltung. Wir würden es begrüßen, wenn auch die Stadtentwicklung bei Ihnen Chefsache wäre, aber (Zitat) „Stadtentwicklung ist aus meiner Sicht keine exorbitant wichtige Aufgabe“.

Okay, wenn also Kultur augenscheinlich keine Chefsache ist und die Stadtentwicklung auch keine Chefsache ist, ist es ja vielleicht die Führung der Verwaltung... Schließlich hat der Bürgermeister in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts auch vom Fachkräftemangel, von Aufgabenkritik, Prozessmanagement und Digitalisierung gesprochen. Alles Themen, die absolut wichtig und in ihrer Umsetzung längst überfällig sind, aber bisher nicht wirklich angepackt wurden.

Wir haben in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg der Stellen verzeichnen können, die Personalkosten steigen stetig und das nicht nur wegen der Tarifsteigerungen. Die Stellenausweitungen sind auch nicht nur auf zusätzliche Aufgaben zurückzuführen. Und bevor die Kritiker uns sofort wie die Pawlowschen Hunde „Verwaltungsmitarbeiter-Bashing“ vorwerfen, nein, es geht um die Strukturen, um den Aufbau, um die wenig vorhandene Effizienz. Spricht man mit den verschiedensten Personen aus der Verwaltung, so wird schnell klar, dass vieles im Argen liegt. Es fehlt an Zielen, an klaren und durchgängigen Prozessen, an organisatorischer Stringenz in den Abläufen, an Struktur und leider auch an positiver Betriebs- und Fehlerkultur. Die Strukturen sind zu kleinteilig und Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Weisungsbefugnisse sollten dringend überarbeitet und korrekt verteilt werden. Kurzum: die Stimmung in weiten Teilen der Belegschaft ist schlecht und vielfach regiert im Rathaus Angst und Überlastung.

Vielleicht sollte man externe Hilfe holen, was die Veränderung von Prozessen und die Neuorganisation von Aufgaben und Zuständigkeiten betrifft. Denn bevor wir über Digitalisierung nachdenken, sollten erst mal die Prozesse überprüft und verändert

werden. Ein schlechter Prozess, der digital abgebildet wird, bleibt dann immer noch ein schlechter Prozess.

Die Verwaltung sollte sich attraktiver aufstellen, für potentielle Bewerber, aber auch für die vorhandene Belegschaft.

Nach der letzten Kommunalwahl und den personellen Veränderungen im Verwaltungsvorstand hätten Sie, Herr Bürgermeister, die Chance gehabt, etwas richtig Gutes zu formen, der Verwaltung einen neuen Geist einzuhauchen, die Belegschaft zu motivieren und mitzunehmen. Diese Chance wurde leider nicht genutzt. Vielmehr geht der Bürgermeister juristisch gegen seine engsten Führungskräfte vor. Nein, gegen eine Führungskraft, um genau zu sein. Wir sind gespannt, ob hier bei vermeintlichen Verfehlungen anderer Personen mit gleichem Maß gemessen wird. Generell betrachten wir den Umgang mit Mitarbeitern und Führungskräften im Rathaus mit größter Sorge.

Also, wir können festhalten: Verwaltungsleitung und Personalführung ist bedauerlicherweise auch keine Chefsache!

Wir als CDU werden heute übrigens dem Stellenplan zustimmen. Nicht, weil wir davon so begeistert sind, sondern um ein klares Zeichen in Richtung der Belegschaft zu setzen. Wir wollen nicht, dass die Arbeitsbelastungen noch größer werden.

Aber kommen wir zurück zum Haushalt. Der Haushaltsplan ist handwerklich ordentlich gemacht, meinen Dank an alle Beteiligten kann ich nur wiederholen. Aber, es fehlt völlig an Ideen für die Zukunft unserer Stadt, es fehlt an Phantasie, an Entwicklung und an Gestaltungswillen. Als Stadt befinden wir uns im Wettbewerb mit vielen anderen Städten, nicht nur was die Verteilung von Fördermitteln oder den Zuzug von Fachkräften angeht. Kaufkraft, Arbeitsplätze, Immobilien, Lebensqualität, Aufenthaltsqualität, Angebotsvielfalt... Ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen. Die Kommune sollte für ihre Bevölkerung attraktiv, lebens- und liebenswert sein und um das zu erreichen sollten wir ein ganzheitliches Entwicklungskonzept haben, ein integriertes Handlungskonzept für die gesamte Stadt, an dem es dann gemeinsam zu arbeiten gilt. Lüdenscheid ist aktuell mehr denn je auf dem Weg aufs kommunale Abstellgleis. Aber wir wissen ja mittlerweile (Zitat): „Stadtentwicklung ist aus meiner Sicht keine exorbitant wichtige Aufgabe“.

Schauen Sie sich unsere Stadt an, sie ist an vielen Stellen dreckig und dunkel, die Leerstände nehmen stark zu, die Investitionen lassen nach, der Einzelhandel resigniert in Zeiten von Dauerbaustellen, zusätzlich zur ohnehin angespannten allgemeinen Verkehrssituation. Wir haben relativ wenig freie Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung und bieten kaum Neubau- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Und dann diskutieren wir in Zeiten knappster Kassen doch tatsächlich über die möglich Reaktivierung der Jahnhalle für mehr als 2 Millionen Euro. Und auch wenn dreiviertel davon aus Berlin kommen, auch das sind Steuergelder! Unsere eigene ZGW hatte bereits festgestellt, dass das Gebäude eigentlich nur noch abgerissen werden kann und trotzdem fließt Zeit und Geld in Prüfungen, die Erstellung eines Nutzungskonzeptes und die Beauftragung eines Architekturbüros. Das Geld könnte,

auch im Jugendbereich, nach unserer Überzeugung deutlich besser investiert werden. Und ja ich weiß, die Jahnhalle steht aktuell nicht im Haushalt. Aber wir alle wissen, dass früher oder später ein Antrag kommen wird, ein Deckungsvorschlag aus dem Hut gezaubert wird von einer Haushaltsposition, die in diesem oder nächstem Jahr ohnehin nicht mehr durchgeführt werden kann und so kommt die Jahnhalle von hinten durch die kalte Küche in den Haushalt. Das Argument wird dann sein: wir wollen doch nicht auf 1,5 Millionen Euro Bundesförderung verzichten. Allerdings ist auch der Eigenanteil von mindestens einer halben Million Euro kein Pappentiegel und der spätere Betrieb wird auch nicht zum Nulltarif zu bekommen sein.

Ja, wir kritisieren und ja, wir legen den Finger in die Wunde. Aber nicht um die Stadt schlecht zu reden, wie uns und anderen Kritikern gern vorgeworfen wird, vor allem seitens der SPD und des Bürgermeisters. Hier darf ich Bundeskanzler Scholz zitieren, der einmal gesagt hat (Zitat): „Kritik ist Teil der Demokratie, sie ist nötig und gehört dazu, darüber darf sich niemand beschweren“.

Wir als Lüdenscheider CDU möchten, dass sich endlich etwas tut, dass unsere Stadt endlich eine Entwicklungsperspektive hat, dass es endlich wieder bergauf geht, dass wir endlich wieder eine positive Stimmung in Lüdenscheid verspüren. Wir sehen nach wie vor viel Potential in unserer Heimatstadt.

Aber mit dem Verschließen der Augen vor der Realität, mit "Schönrederei" über Mut, Zuversicht und "unser Zuhause" wird sich diese Stadt nicht weiterentwickeln.

Es müssen die Fragen erlaubt sein: Wohin möchten wir diese Stadt entwickeln und wie findet sich das in unserem Haushalt wieder? Welche Pläne haben wir für die Zukunft dieser Stadt? Wie soll Lüdenscheid im Jahr 2030 oder 2040 aussehen? Eine Gesellschaft braucht eine Perspektive um kreative Lösungen zu finden, Menschen brauchen gemeinsame Ziele an denen es sich zu arbeiten lohnt.

Mit dem Rathaustunnel und der fehlenden Rahmedetalbrücke haben wir zwei Infrastrukturthemen, bei denen wir mit dem Finger gerne auf andere zeigen und - zu Recht - Maßnahmen und konkrete Termine einfordern. Dabei würde es uns manchmal gut zu Gesicht stehen, vor der eigenen Haustür zu kehren.

Beispiele gefällig? Seit rund zwei Jahren pendeln die Kinder der Grundschule Lösenbach quer durch die Stadt, was nicht nur horrenden Kosten verursacht, sondern auch dem Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ widerspricht. Schlamperei und Versäumnisse vergangener Jahre haben zu dieser Situation geführt. Aber, auch wenn daran gearbeitet wird, so ist die alte Grundschule noch immer nicht abgerissen und von einem Neubau will ich gar nicht erst reden. Das ursprüngliche Versprechen seitens der Verwaltung an die Eltern und Schüler, dass die Kinder, die nun eingeschult werden ihr letztes Schuljahr wieder am Standort an der Schubertstraße verbringen werden, ist jedenfalls nicht mehr haltbar. Es sei denn es gibt eine Vielzahl an wiederholten Sitzenbleibern... Aber im Ernst, hier erinnere ich nochmals an unseren leider abgelehnten CDU-Antrag, das Gebäude direkt abzureißen und einen Neubau zu planen. Wir hätten damit über ein Jahr Zeit und jede Menge Beförderungskosten einsparen können.

Das nächste Beispiel ist die Westschule. Auch hier werden die Kinder nun von A nach B transportiert. Dabei ist es der Verwaltung gelungen, in kurzer Zeit eine gute Ausweichmöglichkeit zu organisieren und diese vorzubereiten. Das war echt ein guter Job und dafür vielen Dank! Aber es zeigt auch, in welchem Zustand sich unsere städtischen Gebäude und Liegenschaften mittlerweile befinden und gerade vor diesem Hintergrund komme ich nochmal auf die Jahnhalle zu sprechen. Dort darf aus unserer Sicht kein Cent investiert werden, während Sporthallen geschlossen werden müssen und städtische Infrastruktur zusehends verfällt!

Die jüngste Sperrung der Turnhalle an der Adolf-Reichwein-Gesamtschule ist eine starke Beeinträchtigung für den Schulsport, aber auch für zahlreiche Sportvereine. Auch das hat etwas mit Attraktivität einer Stadt zu tun. Und von den vielen desolaten Straßen und Gehwegen im Stadtgebiet will ich heute gar nicht sprechen. Die Spielplätze wären ein weiteres Beispiel. Hier wird mal eben das Spielplatz-Entwicklungskonzept einkassiert um im gleichen Atemzug seitens der SPD einen Antrag einzubringen, die Attraktivität der Spielplätze zu verbessern. Der Wahlkampf hat also schon begonnen, auch wenn wir alle wissen, dass das Geld vielleicht für zwei oder drei Spielgeräte reichen wird.

Weitere Vorhaben werden auf die lange Bank geschoben: die Adolf-Reichwein-Gesamtschule wartet seit vier Jahren auf einen neuen Chemieraum. Die neue Musikschule konnte zwar mit Breitband-Internet versorgt werden - die wenige Meter weiter stehenden beiden Staberger Gymnasien warten allerdings noch immer darauf. Die Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser und der Feuer- und Rettungswache lassen auch weiter auf sich warten. Ja, auch daran wird geplant und geprüft, aber dies auch schon seit vielen Jahren.

Apropos viele Jahre, wann rollen eigentlich endlich die Bagger im Stadtgarten an? Verfallen die Fördermittel für den Pumptrack und den Multifunktions-Sportplatz nicht auch irgendwann? Stichwort Stadtgarten: dieser soll bekanntlich neu gestaltet und dafür viel Steuergeld ausgegeben werden, um die Attraktivität des Kulturhausumfeldes zu steigern und die Menschen zu animieren, dort ihre Freizeit zu verbringen. Eine Toilette ist jedoch weiterhin nicht geplant. Ach ja, (Zitat) „Stadtentwicklung ist aus meiner Sicht keine exorbitant wichtige Aufgabe“.

Was ist aus den groß angekündigten Mountainbike-Trails geworden, die in der letztjährigen Haushaltsberatung Thema waren? Und das Thema Wohnmobil-Stellplätze möchte ich heute gar nicht erst erwähnen...

Vielleicht war es ja doch ein Fehler, dass sich keine Ratsmehrheit für unseren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss gefunden hat, eine zusätzliche Stelle für die Stadtentwicklung einzurichten.

Die Frage muss erlaubt sein, wie sichergestellt wird, dass unsere Schulen, Kindergärten und Sportstätten so gepflegt und unterhalten werden, dass es keine weiteren Stilllegungen mehr gibt.

Und nun habe ich das P&C-Gebäude und das Forum noch gar nicht angesprochen und werde es auch nicht, um hier den zeitlichen Rahmen nicht zu sprengen.

Wir sind der Meinung, dass Stadtentwicklung eine absolut exorbitant wichtige Aufgabe ist! Mehr noch: als CDU-Fraktion sehen wir die Entwicklung unserer Stadt als die aktuell wichtigste Aufgabe - im Gegensatz zum Bürgermeister mit seiner bereits mehrfach zitierten Aussage.

Und das, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, veranlasst uns heute gegen den Haushaltspan 2024/25 zu stimmen. Die CDU hat – und das dürfte niemand bestreiten – mit vielen Anregungen und Anträgen in den Ausschüssen der vergangenen Monate sehr konstruktiv mitgearbeitet, Ideen und Gedanken eingebracht, um aus unserer Sicht dringend nötige Korrekturen im Plan vorzunehmen.

Der inhaltliche Austausch, namentlich mit Sven Haarhaus, Matthias Reuver, Stefan Hammer, Marcus Müller und Fabian Kessler im Zuge der Haushaltsberatungen war sehr konstruktiv und gut. Gerade, dass sich die Verwaltung inhaltlich intensiv und konstruktiv mit den CDU-Anträgen zum Haushalt auseinandergesetzt hat, verdient ein großes Lob an alle Beteiligten. Vielen Dank dafür! Auch wenn die CDU in den Ausschüssen den Haushaltsplänen und Änderungslisten überwiegend zugestimmt oder sich enthalten hat, können wir den Gesamtplan nicht mittragen, da er keinerlei Entwicklungsperspektive aufzeigt und keine positiven Schwerpunkte für die Zukunft unserer Stadt beinhaltet.

Und nun kommen Sie mir bitte nicht mit dem Argument, wir haben ja schließlich eine Stadtentwicklungsgesellschaft auf den Weg gebracht. Das ist zwar richtig, aber die Zielsetzungen und Schwerpunkte müssen dennoch weiterhin von der Politik und vom Bürgermeister kommen. Im Jahr 2020 ist ein klarer politischer Auftrag für ein Stadtentwicklungskonzept erteilt worden, bislang jedoch ohne Ergebnis!

Und bei noch zwei weiteren Themen hat die CDU-Fraktion in der Vergangenheit bereits Weitblick bewiesen. Wie Sie wissen, hatten wir zum einen vor einigen Jahren mal die Idee eines sog. „technischen Rathauses“ eingebracht, also eines zweiten Verwaltungsstandortes außerhalb des Rathauses, in dem verschiedene Bereiche, vor allem mit bau-, planerischem und technischem Schwerpunkt, zusammengefasst und untergebracht werden sollten. Neben der damals leerstehenden Albert-Schweitzer-Schule hatten wir weitere Standorte vorgeschlagen. Leider gab es dafür keine Mehrheit und so leidet die gesamte Verwaltung nach wie vor und immer größerer Raumnot und beengten Verhältnissen, die teils weit entfernt sind von der Vorstellung moderner Arbeitsplätze. Mittlerweile wird erneut über Raumkonzepte diskutiert, Büroflächen an verschiedenen Stellen angemietet und die Verwaltung weiter in der Innenstadt verstreut. Mit Effizienz von Abläufen, aber auch von Kosten, hat das wenig zu tun.

Zum anderen haben wir bereits vor 10 Jahren einen Antrag zur Aufstellung von Doppelhaushalten gestellt. Vom damaligen Kämmerer vehement abgelehnt und von der Ampel nicht mitgetragen, freut es mich heute umso mehr, dass Sven Haarhaus in seiner Haushaltsrede genau die Vorteile des Doppelhaushalts dargestellt hat, von denen wir damals schon gesprochen haben: Ressourcen in der Verwaltung sparen, Entlastung für die Gesamtverwaltung und längere Planungssicherheit. Darüber

hinaus gibt es den weiteren Vorteil „durcharbeiten“ zu können, was vor allem ein Vorteil bei Bautätigkeiten ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Sie sehen, damals wie heute arbeitet die CDU-Fraktion mit Weitblick mit, bringt sich aktiv ein und wird dies auch weiterhin mit konstruktiver Kritik, Vorschlägen und eigenen Ideen machen. Denn für uns gilt der Satz des Bürgermeisters (Zitat) „Stadtentwicklung ist aus meiner Sicht keine exorbitant wichtige Aufgabe“ definitiv nicht! Uns liegt die Zukunft unserer Stadt Lüdenscheid am Herzen. Und genau das wird weiterhin Grundlage unserer Politik sein, damit die Stadt nicht aufs kommunale Abstellgleis geschoben wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

SPD-Haushaltsrede 2024

SPD-Fraktionsvorsitzender Jens Voß

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren,

erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Dieses Sprichwort gilt für das Leben allgemein, für manches Projekt in Lüdenscheid und ganz gewiss auch für den städtischen Haushalt. Denn nachdem es für das Haushaltsjahr 2023 gelungen war, nach einem Jahrzehnt mannigfacher Einsparungen sowie Steuer-, Gebühren- und Beitragserhöhungen die Haushaltssicherung zu verlassen, wird der heute zu verabschiedende Doppelhaushalt 2024/2025 wieder einer mit Haushaltssicherungskonzept sein. Das hatten wir uns, verehrte Ratsmitglieder, wahrhaft anders vorgestellt.

Dabei sind die Belastungen, die uns die Enden schon planerisch nicht zusammenkriegen lassen, von uns leider nicht oder kaum beeinflussbar. Im Einzelnen seien sie nur noch einmal stichwortartig genannt:

Das Auslaufen der Isolierungsmöglichkeit der Kosten infolge von Pandemie und Ukraine-Krieg

Die stark ansteigende Kreisumlage

Die höheren Personalaufwendungen infolge der deutlichen Tarifsteigerungen

Niedrigere Schlüsselzuweisungen

Der Rückgang des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer

Der steigende städtische Finanzierungsanteil an den Kibiz-Pauschalen infolge der deutlichen Dynamisierung der Kibiz-Pauschalen

Höhere Asylbewerberleistungen

Höhere Zinsaufwendungen für Investitionskredite und mittelfristig zur Liquiditätssicherung

Mittelfristig steigende bilanzielle Abschreibungen angesichts wachsender Investitionsbedarfe

sowie

Die noch fortdauernden Belastungen infolge der Sperrung der A 45.

Daran erkennt man: Das Grundübel ist die seit Jahrzehnten völlig unzureichende Ausstattung der Städte und Gemeinden mit finanziellen Mitteln durch Bund und Land. Hierdurch wird das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Gemeinden konterkariert, ja in realiter ad absurdum geführt. Nun bin ich kein Jurist, aber würde seitens des Deutschen Städtetages oder des Städte- und Gemeindebundes eine solche auskömmliche Finanzierung mal eingeklagt, so glaube ich, dass eine solche Klage angesichts des faktisch weitgehenden Aushebelns des Selbstverwaltungsrechts nicht völlig chancenlos wäre.

Doch die Situation ist jetzt wie sie nun mal ist. Alles

Bedauern nützt nichts. Wir müssen uns ihr stellen. Und wir tun dies, indem wir uns wieder mit Hilfe eines Haushaltssicherungskonzepts auf den Weg machen, in spätestens zehn Jahren zu einem auch schon planerisch ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass es hierzu im Rat eine breite Mehrheit gibt. Das Angebot des Landes, aufgrund bestimmter Parameter diesen Schritt zunächst nicht tun zu müssen, um irgendwie hinter den Kommunalwahltermin im nächsten Jahr oder gar hinter den nächsten Landtagswahltermin zu kommen, ist aus wahltaktischen Überlegungen der Landesregierung zwar nachvollziehbar, hätte uns aber keinen Cent mehr in die Kasse gebracht, ab 2026 aber einen umso härteren Konsolidierungskurs abverlangt. Dann lieber jetzt schon gegensteuern. Denn wie die Vergangenheit gezeigt hat: Wir können HSK.

Auch die zurückliegenden Jahre waren trotz Haushaltssicherung keine Jahre des Stillstands. Niemals haben wir den Gestaltungsanspruch trotz knapper Kasse für unsere Stadt aufgegeben und werden das auch jetzt nicht tun.

So werden wie geplant erhebliche Mittel in unsere Sicherheit gesteckt. Die Bautätigkeiten für die neue Feuer- und Rettungswache an der Wiesenstraße werden schon bald zu sehen sein. Parallel erfolgen die vorbereitenden Arbeiten für die Neuerrichtung der Feuerwehrgerätehäuser der Löschzüge Stadtmitte, Oberrahmede, Homert und Brüninghausen. Der Kommunale Ordnungsdienst befindet sich personell und technisch im Aufbau. Nach und nach – manches wünschte man sich allerdings auch mal schneller –

werden deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anhand ihrer blauen Uniformen in der Stadt vermehrt sichtbar und ansprechbar sein. Und wer trotz roter Ampel demnächst bestimmte Kreuzungen passiert, womöglich sogar mit mehr als 50 km/h, bekommt dies geldlich und punktemäßig zu spüren, und das ist gut so.

In der Alt- und Oberstadt geht die Sanierung ihrem Ende entgegen. Die letzten Pflasterarbeiten in der unteren Wilhelmstraße laufen. Was dann noch fehlt ist eine Beleuchtung, die sowohl ästhetischen Gesichtspunkten als auch dem Sicherheitsaspekt Rechnung trägt. Für Planung und Ausführung sind entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt.

Jahrelang war schon im Übrigen auch eine bessere Ausleuchtung des Rathausplatzes gefordert worden. Bei einem Blick aus den Ratssaalfenstern sieht man, dass diesem Ansinnen mit dem Aufbau von Lichtstelen entlang des Platanenhains nun Rechnung getragen wird.

Des Weiteren erfährt der Kulturhausgarten eine attraktive Neugestaltung. Mit der Erneuerung des Kleinspielfeldes und dem Bau des Pump-Tracks geht es los. Doch auch ein Kinderspielplatz und ein Wasserspiel werden nach Fertigstellung vorhanden sein. Bleibt zu hoffen, dass es dann auch noch gelingt, bei einem so attraktiven Umfeld die verwaiste Kulturhaus-Gastronomie wieder zu beleben.

Apropos Wiederbelebung: Manches Geschäft in der Wilhelmstraße, aber auch im Stern-Center, müsste mit attraktiven Warenangeboten wieder belebt werden. Was nützt die schönste Innenstadt, wenn man entlang abgeklebter Schaufenster flaniert? Die Hinweise auf die

gesperrte A 45 sowie den Online-Handel als Erklärung sind zwar nachvollziehbar. Doch gibt es auch Städte unserer Größenordnung, in denen ein kleinteiliger stationärer Einzelhandel trotz Online-Handels funktioniert. Sich dieses Themas anzunehmen, sehe ich als eine bedeutende Aufgabe der neu gegründeten Stadtentwicklungsgesellschaft.

Und was für die Geschäfte der Innenstadt gilt, gilt in ähnlicher Weise für unseren Wochenmarkt. Ältere unter uns können sich sicherlich noch daran erinnern, dass der Rathausplatz einst nicht ausreichte, alle Händlerinnen und Händler zumindest samstags dort unterzubringen. Vom Sternplatz bis zur Knapper Straße reichten zusätzliche Stände. Gemessen daran ist unser Markt derzeit leider nur noch ein Schatten seiner selbst.

Großes Potential hat das Gelände, auf dem derzeit noch das Forum steht. Mit großem Verhandlungsgeschick ist es unserem Bürgermeister und der Stadtverwaltung gelungen, den Komplex im vorigen Jahr käuflich zu erwerben. Damit hat die Stadt die Möglichkeit, die Art der Nachnutzung wesentlich mit zu bestimmen. Und dies soll, wie zugesagt, auch mit einer Bürgerbeteiligung passieren, die diesen Namen auch verdient.

Komplettiert wird die positive Entwicklung unserer Stadt durch das Ansinnen der neuen Geschäftsführer des Hauses Peek & Cloppenburg, ihr Grundstück an der Wilhelmstraße Ecke Altenaer Straße neu zu gestalten. So dies zum Tragen kommt, würden auch an dieser Stelle abgeklebte, wenn auch künstlerisch gestaltete Schaufenster der Vergangenheit angehören und es zu einer Belebung der Innenstadt kommen.

Wahrhaft stolz können wir darauf sein, dass wir bereits im nächsten Jahr eine 50prozentige Abdeckung des Bedarfs an U3-Plätzen in den Kindertageseinrichtungen unserer Stadt erreichen. Dies können nur wenige Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zum jetzigen Zeitpunkt vorweisen. Dies ist das Ergebnis einer Politik, in der Kinder und Jugendliche stets im Fokus standen und verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung gut Hand in Hand arbeiten.

Das sieht man auch an unseren Schulen, in die stets mehr Geld investiert wurde, als Schulpauschalmittel vom Land der Stadt Lüdenscheid überwiesen wurden. Natürlich kann man immer alles noch besser ausstatten. Aber auch im Vergleich mit anderen Städten stehen wir gut dar.

Und wenn es dann doch mal zu Schulsanierungen kommen muss, wie jetzt an der Westschule, sind wir in der Lage, alte Schulgebäude für den Zeitraum der notwendigen Arbeiten zu reaktivieren. In Bezug auf die Westschule ist das das Gebäude der ehemaligen Grundschule Kalve. In Bezug auf die Lösenbacher Grundschule ist das das Gebäude der ehemaligen Albert-Schweitzer-Hauptschule. Insbesondere die schnelle Sicherstellung des Unterrichts nach der plötzlichen Schließung der Westschule zunächst im LIBZ und dann ab Mitte nächsten Monats an der Kalve ist aller Ehren wert. Und ich bin sicher, auch hinsichtlich der gesperrten Turnhalle an der Adolf-Reichwein-Gesamtschule wird es für alle Betroffenen eine Lösung geben.

Des Weiteren erfüllt uns mit Stolz, dass es gelungen ist, ein TUMO-Lernzentrum nach Lüdenscheid zu

bekommen. In diesem Zentrum bekommen unsere Kinder und Jugendliche die Chance, sich in unterschiedlichen Anwendungsbereichen mit Digitalisierung vertraut zu machen und sich abseits des Schulalltags auf diesem Gebiet fortzubilden. Auf der ganzen Welt gibt es diese Zentren stets nur in Haupt- oder Großstädten – und demnächst eben auch in Lüdenscheid.

Zu den Investitionen für Kinder zählen ferner die Instandhaltungen unserer Kinderspielplätze. In den Haushalt eingestellt sind Gelder für die Erstellung eines neuen Spielplatzkonzeptes für die gesamte Stadt Lüdenscheid. Bis zu seiner Fertigstellung, bzw. bis zu Bautätigkeiten infolge dieses Konzepts werden allerdings noch zwei bis drei Jahre ins Land gehen. Zu lange, wie wir meinen, um nicht bis dahin schon den einen oder anderen öden Spielplatz, in deren Umfeld aber besonders viele Kinder wohnen, durch ein größeres Spielgerät attraktiver zu machen. Deshalb hat die SPD zusammen mit ihren Partnern Bündnis 90 / Die Grünen und FDP dafür gesorgt, dass in diesem Jahr hierfür 50.000 Euro und im nächsten Jahr 150.000 Euro im Haushalt bereitgestellt werden.

Ein unverhoffter Geldsegen erreichte uns in Form einer Förderzusage zur Ertüchtigung der Jahnhalle. Skaten soll dort wie einst möglich sein, der Raum aber auch für Jugendkulturveranstaltungen genutzt werden können. Im Gegensatz zur CDU plädiert die SPD dafür, sich diese Chance nicht entgehen zu lassen, trotz des zusätzlich zu tragenden Eigenanteils bei angespannter Haushaltslage.

Ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit wird

auch in den zahlreichen Lüdenscheider Sportvereinen jede Woche erbracht. Deshalb war es richtig, das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept in dem Punkt zu korrigieren, wo es um eine Kürzung der Übungsleiterpauschalen für die bisher geförderten Vereine durch Aufnahme der wassergebundenen Sportarten in diesen Förderbereich ging.

Eine neue Attraktion für Kinder und Jugendliche entsteht in Form eines ersten Mountainbike-Trails in der Nurre. Man darf gespannt sein, wie er nach Fertigstellung angenommen wird. Dagegen harrt ein Discgolf-Parcour noch seiner Realisierung.

Auch noch nicht realisiert wurden neue Wohnmobilstellplätze, die möglichst innenstadtnah und nicht an einer Hauptstraße wie an der Talstraße gelegen sein sollten. Hier erwartet die SPD allerdings in diesem Jahr seitens der Stadtverwaltung ein entsprechendes Vorankommen.

Apropos Straßen: Diese sind in Lüdenscheid in vielen Bereichen in einem schlechten Zustand. Gut, dass es gelingt, eine Instandhaltungsrückstellung aus dem Überschuss des Jahres 2023 zu bilden, um dann nach Feststellung des Jahresabschlusses 2023 Gelder für Straßenreparaturen zur Verfügung zu haben.

Doch nicht alle Lüdenscheider Straßen sind in der Straßenbaulast der Stadt. Die Hauptverkehrsadern sind Angelegenheit von Straßen NRW. Insbesondere durch die Sperrung der A 45 sind sie besonders stark beansprucht und weisen deutliche Schäden auf. Hier muss das Land wesentlich mehr für deren Erhalt tun.

Das Gleiche gilt beim Rathaustunnel. Dessen Sanierung ist ja inzwischen eine nahezu unendliche Geschichte - und für das Land alles andere als eine Zierde, ganz im Gegenteil, meines Erachtens ist es für das Land höchst peinlich.

Angesichts dessen darf man gespannt sein, wie nach endlich zehn Jahren in diesem Jahr die Sanierung der Platehofstraße in Brüninghausen von statten geht. Und ob es tatsächlich nach Sperrung für Fahrräder und Motorräder und einem Tempolimit von 20 km/h zur Sanierung der Silberbergstraße, einer Landstraße wohlgemerkt, kommt. Ansonsten bliebe aber ja auch nur noch die Sperrung der Silberbergstraße mit Ausnahme für die Bewohner der zwei anliegenden Häuser. - Und sollten Sie hier eine Spur Sarkasmus bei mir ausmachen, so kann ich Ihnen versichern, irren Sie nicht.

Dagegen ist sehr erfreulich, wie viele Aktivitäten in Lüdenscheid das gesellschaftliche Leben nach der Corona-Pandemie inzwischen wieder bereichern. Neben manch anderen Akteuren werden sie oft auch vom Team der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH unter der Leitung von Philipp Nieland organisiert. Exemplarisch seien nur das Bautzfestival, das Stadtfest und der Weihnachtsmarkt mit Eisbahn genannt. Außerdem dürfen wir uns nach längerer Durststrecke auch wieder auf die Lichttrouten freuen oder auf die Nacht der Kultur, deren Durchführung Kulturausschussvorsitzender Dominik Hass angeregt hatte und die zweimal riesigen Zulauf erfuhr. Zudem gibt es anlässlich der Fußball-Europameisterschaft der Männer im Sommer wieder Public Viewing.

Aus dem Museum ist zu berichten, dass die Realisierung der neuen Dauerausstellung auf die Zielgerade eingebogen ist. Lange genug haben wir seitens des Landes aber auch auf den zugesagten Förderbescheid gewartet. Auf ihre Eröffnung dürfen wir uns noch vor Ende dieser Wahlperiode freuen.

Eine weitere Verbesserung gibt es auch in der Städtischen Musikschule. Für deren Musiksaal wird noch in diesem Jahr ein Akustik-Gutachten erstellt. Die aus diesem Gutachten abgeleiteten baulichen Maßnahmen werden den Musizier- und Hörgenuss noch einmal deutlich steigern. Zudem wird die Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums grundständig renoviert, die ja bekanntlich mit ihrer großen Bühne ebenfalls für manche kulturelle Aufführung genutzt werden kann.

Alle diese Maßnahmen sind im Doppelhaushalt 2024/2025 etatisiert. Es zeigt, dass trotz Haushaltssicherung in Lüdenscheid kein Stillstand herrscht, ganz im Gegenteil. Trotz gesperrter A 45, trotz Haushaltssicherung, Lüdenscheid ist und bleibt eine lebendige Stadt.

Ich komme zum Schluss.

Ganz herzlich bedanke ich mich bei all denen, die zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025 mit Haushaltsplan, Stellenplan, Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept beigetragen haben, also bei Kämmerer Sven Haarhaus und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei. Der Tatsache, bei diesen intensiv und teilweise auch kontrovers geführten Beratungen und bei der Fülle von abweichenden Beschlüssen in den Fachausschüssen stets den

Überblick behalten und zugleich lösungsorientiert
Finanzierungsvorschläge erarbeitet zu haben, zolle ich
großen Respekt.

Und allen hier im Ratssaal sage ich herzlichen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns und unserer
Stadt Glück auf.

Andreas Stach

Fraktionssprecher Bündnis 90 / Die Grünen

**Rede zum Haushalt 2024/25 anlässlich der Sitzung
des Rates der Stadt Lüdenscheid am 15.04.24**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

In meiner letzten Haushaltsrede im Dezember 22 hatte ich meine Freude darüber Ausdruck verliehen, dass wir das HSK hinter uns gelassen haben und dadurch etwas mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben. Es sah auch ganz gut aus: Im Haushaltsjahr 2022 hatten wir Gewerbesteuereinnahmen von 80 Millionen €. Und selbst in 2023 verlief das Haushaltsjahr zunächst besser als geplant.

Wir sind eines Besseren belehrt worden.

Man nehme:

- Erheblich steigende Umlagen beim Kreis und beim Landschaftsverband; mit einem Sprung um 13 Mio. €.
- steigende Personalkosten in Höhe von 6 Mio. €.

- Die Kosten für Corona und den leider immer noch stattfindenden Ukrainekrieg (3-4 Mio. €).
- Den Rückgang des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer
- Nicht zu vergessen die Kosten für die Brückensperrung und die Klimakatastrophe und noch andere „Kleinigkeiten“, die ich jetzt nicht alle aufzählen möchte.

Heraus kommt ein Defizit von über 50 Millionen € innerhalb der nächsten 2 Jahren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Vielleicht haben Sie schon mal den Spruch gehört:

Und aus der Krise sprach eine Stimme zu mir: Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen und ich lächelte und war froh, und es kam schlimmer.

So lässt sich die gegenwärtige Situation beschreiben. Zusätzlich zu den oben beschriebenen Schwierigkeiten, mussten wir uns dann noch mit dem des Cyberangriff auf die IT Südwestfalen herumschlagen. Darum können wir erst heute im April 2024 einen Haushalt verabschieden. Damit es sich dann auch lohnt, gleich einen Doppelhaushalt für 2025.

Soweit ich weiß, hat es das bisher in Lüdenscheid noch nicht gegeben.

Ziel dieses Haushaltplans ist es, den Haushalt der Stadt wieder über einen Zeitraum von zehn Jahren durch Sparmaßnahmen zu konsolidieren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

meine Vorredner von SPD und CDU haben ausführlich dargestellt, wie sie den Haushaltsentwurf bewerten. Die CDU hat es sich nicht nehmen lassen, einen eigenen 10 Punkte Plan zur Diskussion zu stellen. In den Fachausschüssen ist das, soweit ich das beurteilen kann, zum größten Teil sachlich besprochen worden und zeigt mir, dass die Ampelparteien und CDU versucht haben eine einvernehmliche Lösung zu finden. Eine aus meiner Sicht skurrile Formulierung möchte ich nicht unerwähnt lassen: In Punkt 7 des CDU-Antrages steht im ersten Satz: *„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes einzuhalten...“*

Liebe Kollegen von der CDU: Ich bin ja kein Jurist, aber die Verwaltung ist grundsätzlich dazu verpflichtet Gesetze umzusetzen. Es handelt sich also um eine Selbstverständlichkeit. Ich finde es persönlich schade, nur auf die fiskalischen Aspekte hinzuweisen. Sinn und Zweck des Gebäudeenergiegesetzes ist es vor allem die Energiewende voranzutreiben und einen Beitrag zur Senkung der Erderwärmung zu leisten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, eigentlich gibt es zu dem Haushalt nicht viel Weiteres zu sagen. Er ist alternativlos und dass möchte ich besonders rausstellen: Er hat die Prioritäten grundsätzlich richtig gesetzt.

Wir können z. B. alle stolz darauf sein, den Kindergartenbedarfsplan zu 100 % umgesetzt zu haben. Das ist

keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich in anderen Kommunen umschaute. Auch die zusätzliche Schaffung einer Streetworker Stelle zeigt, dass wir der Kinder und Jugendarbeit einen großen Stellenwert beimessen und dies auch in der Zukunft tun werden.

Und es gibt weitere positive Nachrichten:

Der Umbau der Wilhelmstraße nähert sich der Vollendung, Das Tumo - Projekt ist auf der Zielgeraden, es beginnt die Sanierung der alten Post in der Altenaer Straße, der Kulturhausgarten wird umgestaltet.

Dies zeigt, dass Lüdenscheid trotz knapper Mittel attraktiver wird.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen in den nächsten Monaten und Jahren vor großen Herausforderungen:

- Das Forum: Der Abriss wird mehrere Millionen kosten und es ist unklar, was danach mit dem Gelände geschieht.
- Die Schaffung von neuen OGS-Plätzen. Die vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus,
- Die Umsetzung des Radverkehrskonzept in Verbindung mit der Sanierung der maroden Straßen.

Das alles kostet eine Menge Geld und ist mit den zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln nicht zu stemmen. Am Samstag konnte ich in der LN lesen, dass allein vier Mitarbeiter in der Verwaltung angestellt sind und für das Fördermanagement arbeiten. Der Auftrag lautet Gelder zu generieren.

Solange nicht aus Berlin und Düsseldorf grundsätzliche

Veränderungen auf dem Weg gebracht werden, müssen wir mit solchen Lösungen leben. Deswegen halte ich es zumindest für fraglich, ob diese Aufgaben ohne Gebühren- und Steuererhöhungen in der nahen Zukunft überhaupt zu stemmen sind.

Selbst bei allerbesten Planung können unvorhergesehene Ereignisse zu plötzlichen finanziellen Belastungen führen, wie wir am Beispiel des Ukrainekriegs erfahren mussten.

Der Nahostkonflikt ist eine weitere unbekannte Größe. Hoffen wir, dass sich die gegenwärtige, internationale Lage beruhigt und keine Auswirkungen für unseren Haushalt hat.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Bei allen Herausforderungen, die wir vor uns haben: In einer Stadt wie Lüdenscheid geht es nicht ohne das ehrenamtliche Engagement der Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger. Angefangen bei der Feuerwehr, über soziale und caritative Hilfsangebote, Sportvereinen und Kulturinitiativen. Lüdenscheid ist eine lebendige Stadt. Das zeigen die vielen Angebote und Veranstaltungen. Der Kämmerer hat in seiner Haushaltsrede betont, freiwillige Leistungen nicht zu zerstören und die Lebensqualität dieser Stadt zu erhalten. Wir begrüßen diese Aussage und unterstützen sie.

Lieber Sven Haarhaus, ich möchte Dir und Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der Kämmerei auf diesem Weg für die Erstellung des Haushaltes, nicht zuletzt unter den schwierigen Begleitumständen, danken. Ich finde, Deine

unaufgeregte und sachliche Art, hat viel dazu beigetragen, dass wir den Haushalt so wie er uns heute vorliegt, verabschieden können.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte die Gelegenheit nutzen und kurz auf das vergangene Jahr zurückblicken. Was die Zusammenarbeit der Fraktionen untereinander angeht, kann ich aus meiner Sicht im Großen und Ganzen zufrieden sein. Es gibt aber einen Punkt, der mir äußerst negativ in Erinnerung geblieben ist. Ich spreche vom initiierten Klageverfahren einer Fraktion gegenüber der Ausschussvorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschuss vor dem Verwaltungsgericht.

Diese Aktion war ein echter Tiefpunkt und absolut unnötig, zumal die Verantwortung für die ganze Miesere beim 1. Beigeordneten lag. Letztendlich ist die Anklage auch gescheitert. Jürgen Dietrich würde sich im Grab umdrehen.

Liebe Kollegen der CDU, wir können es uns nicht erlauben, so miteinander umzugehen. Wir haben hier eine Vorbildfunktion. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen können wir uns so einen politischen Stil untereinander nicht leisten. Von solchen Aktionen profitieren nur Parteien, die nicht auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

mein Vorredner Jens Voß von der SPD, (leider nicht die CDU), hat bereits ausführlich dargestellt, warum er dem Haushalt zustimmen wird. Wir haben bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass wir ein HSK gut umsetzen können.

Die Stadt bleibt mit dem geplanten Haushaltsentwurf weiterhin handlungsfähig und kann wichtige Impulse für die Stadtentwicklung setzen.

Lieber Sebastian, sehr geehrte Kollegen,

Lüdenscheid kann Krise. Uns liegt die Stadtentwicklung am Herzen und deswegen stimmt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Haushalt zu.

Geschätzter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

dies ist meine fünfzehnte Haushaltsrede. Seit ich 2009 Fraktionsvorsitzender wurde, gab es Beratungen des Haushalts im November, im Dezember, manchmal auch im Frühjahr. Es gab vorgetragene Reden und solche, die nur zu Protokoll gegeben wurden. Es gab Ratssitzungen hier in diesem Saal und in verschiedenen Sälen des Kulturhauses. Auch einen unterjährigen Nachtragshaushalt hat es schon gegeben. Was es aber bislang noch nicht gab, war ein Doppelhaushalt. Heute beraten und – soviel sei verraten – verabschieden wir den städtischen Haushaltsplan für das Jahr 2024 und das Jahr 2025.

Das hat zunächst einen ganz praktischen Grund: Bis der Haushalt 2024 in Kraft tritt, ist das Jahr 2024 schon halb vorbei. Da können wir gleich das Jahr 2025 dranhängen. Das ist leider auch deshalb kein Problem, weil sich der städtische Haushalt zu immer größeren Teilen quasi von selbst aufstellt. Das Korsett aus Vorgaben übergeordneter Ebenen bei gleichzeitig schrumpfendem finanziellen Spielraum wird immer enger.

In nahezu allen Bereichen der Verwaltung müssen ständig Änderungen von Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien umgesetzt und Rechtsansprüche erfüllt werden. Die finanziellen Mittel dafür werden – wenn überhaupt – nur unzureichend mitgeliefert.

Diese Klage ist nicht neu, sie ist auch unabhängig von der parteipolitischen Couleur der jeweils handelnden Regierungen. Zu groß scheint die Versuchung zu sein, die eigenen Ideen und Programme auf Bundes- oder Landesebene zu beschließen, die Umsetzung vor Ort aber als selbstverständlich anzusehen.

Ob irgendjemand von uns noch eine echte Konnexität zwischen der Beauftragung von Kommunen und der Bereitstellung auskömmlicher Mittel erleben wird, muss leider bezweifelt werden.

Immer mehr Städte und Gemeinden kapitulieren aufgrund der aktuellen Haushaltslage, besonders angesichts düsterer Perspektiven für die nächsten Jahre. Die Landesregierung ist unbeeindruckt, werkelt wochenlang an den Regeln für die Gemeindefinanzierung herum und präsentiert eine Lösung, die wieder einmal keinen Cent mehr für die Kommunen bedeutet: Die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts wird erleichtert. Super. Die finanzielle Lage verbessert sich dadurch überhaupt nicht. Die aktuelle Landesregierung tritt damit in die Fußstapfen der vorherigen: Da wurden die finanziellen Belastungen durch Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg auch nicht durch das Land gemildert. Sie wurden nur buchhalterisch ausgeblendet und de facto an die nächste Generation weitergeschoben. Nachdem das Land diese Zaubertricks beendet hat, fliegen den Kommunen die Haushalte reihenweise um die Ohren. Aber ein Haushaltssicherungskonzept muss man erstmal noch nicht aufstellen – hurra! Die Stadt Lüdenscheid macht es trotzdem – und das finden wir richtig.

Ich möchte hier nicht den Haushaltsplanentwurf herunterbeten – das sind Sie auch nicht von mir gewohnt. Zwei Zahlen möchte ich aber nennen: Die Kreisumlage wird im nächsten Jahr um 20 Millionen Euro höher liegen als im letzten Jahr. Dieser Betrag lässt sich nicht ohne Weiteres aufbringen – Jahr für Jahr.

Es gilt das gesprochene Wort.

Seite 1

Auch der Kreis leidet unter Anforderungen Dritter, z.B. an einer jährlich steigenden Umlage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe. Außerdem kostet es ihn eine Stange Geld, endlich die Märkischen Kliniken in Sachen Brandschutz auf den Stand der Technik zu bringen. Dass der laufende Geschäftsbetrieb inzwischen aus dem Kreishaushalt gestützt werden muss, sei nur der Ordnung halber erwähnt. Die Märkische Verkehrsgesellschaft fährt ein jährliches Defizit ein, das längst nicht mehr aus dem Vermögen des Kreises bedient werden kann. Auch dort kommen Investitionserfordernisse hinzu – und nie verstummende Forderungen aus den Städten und Gemeinden, die immer Ideen für neue Leistungen haben. Diese bedeuten aber fast immer neue Defizite.

Neben den 2023 deutlich angehobenen Gehältern im öffentlichen Dienst, die zwar überall eingepreist sind, aber schon 2025 erneut steigen werden, wird ein weiterer Kostenfaktor auf allen Ebenen immer stärker in den Vordergrund rücken: Die IT-Infrastruktur. Der folgenschwere Hackerangriff vor einem halben Jahr hat deutlich gemacht, dass hier mehr getan werden muss – sowohl in technischer als auch in personeller Hinsicht. Es darf bezweifelt werden, dass die Kosten in diesem Sektor durch Digitalisierungsbedingte Einsparungen ausgeglichen werden können. Schon bald werden die Folgen in Haushalts- und Stellenplänen deutlich werden.

Das Plus bei der Kreisumlage ist bereits in der zweiten Zahl enthalten, die ich nennen möchte: In diesem und den kommenden drei Jahren wird der städtische Haushalt ein jährliches Defizit von durchschnittlich 30 Millionen Euro aufweisen. Das sind 2 ½ Millionen Euro im Monat. Und das sind 120 Millionen Euro neue Schulden in nur vier Jahren. Das ist eine Katastrophe und macht in kürzester Zeit die Bemühungen zur Sparsamkeit mehrerer Ratsperioden zunichte.

Dass wir angesichts dieser Dramatik nicht vollkommen verzweifeln, liegt am unerschütterlichen Optimismus, den wir uns innerhalb eines Jahrzehnts angeeignet haben. Das Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 wurde mit großer Disziplin eingehalten, die negativen Auswirkungen fair verteilt, eine positive Perspektive konnte geschaffen werden. Der Haushaltsausgleich ist gelungen, daneben wurden in erheblichem Umfang Schulden abgebaut. Langfristige Schulden wurden reduziert, kurzfristige vollständig beglichen. Ende 2022 verfügte die Stadt Lüdenscheid über liquide Mittel von fast 118 Millionen Euro.

Vom Kurs der soliden Finanzen konnten uns auch die Katastrophen der letzten Jahre nicht abbringen: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Hochwasser, Autobahn-Sperrung. Die vorübergehende Schließung der Grundschule Lösenbach hat uns nicht das Genick gebrochen, die der Westschule wird es auch nicht tun. In Lüdenscheid sind wir zupackend, solidarisch und lösungsorientiert – und lassen uns nicht entmutigen. Wo wir Einfluss haben, haken wir uns unter, sei es im Landtag, im Bundestag oder an anderer Stelle. Mit dieser Haltung können wir harte Zeiten überstehen. Und es gibt viele positive Aussichten:

- Übermorgen wird die Bahnstrecke nach Hagen wiedereröffnet, bis Ende des Jahres soll auch der Schienenersatzverkehr nach Marienheide Geschichte sein.
- Nach der Albert-Schweitzer-Schule für die Kinder aus der Lösenbach können wir an der Kalve ein weiteres Schulgebäude reaktivieren, um die Kinder aus der Westschule vorübergehend aufzunehmen.
- In zwei Jahren wird die neue Rahmedetalbrücke soweit fertig sein, dass keine Bedarfsumleitung quer durch Lüdenscheid mehr erforderlich ist.

- In zwei Monaten erfolgt der Spatenstich für eine neue Feuer- und Rettungswache, die modernste Arbeitsplätze für Feuerwehr und Rettungsdienst bietet und auch vielen Ehrenamtler mit Stolz erfüllen wird. Die Mittel für Bau und Ausstattung stehen bereit.
- In vier Stadtteilen entstehen in den nächsten Jahren neue Feuerwehr-Gerätehäuser, die im Katastrophenfall auch als Anlaufstellen für die Bevölkerung dienen können.
- In wenigen Monaten werden wir stolz die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung feiern können – und das bei einer Trägervielfalt und mit einer personellen Qualität, um die uns viele andere Städte beneiden.
- Ende des Jahres soll das TUMO-Zentrum seine Pforten öffnen und damit ein Bildungsangebot bereitstellen, das jungen Menschen unabhängig vom Elternhaus eine Perspektive bietet und helfen soll, den Fachkräftemangel in der heimischen Wirtschaft zu bekämpfen.
- Im Bereich der Kultur haben wir die Bestandsgarantie aller städtischen Kultureinrichtungen durch erhebliche Investitionen unterstrichen und freuen uns auf die neue Dauerausstellung im Museum.
- Durch städtische Zuschüsse können sowohl das Bautz-Festival als auch die Lichttroupen fortgesetzt werden – zwei Großveranstaltungen mit unterschiedlichen Zielgruppen und hoher Bedeutung weit über Lüdenscheid hinaus.
- In Kürze gehen der Kommunale Ordnungsdienst und die Stadtentwicklungsgesellschaft an den Start und bieten neue Chancen für unsere Stadt.
- Der baldige Abschluss der Arbeiten in Altstadt und Fußgängerzone verbessert die Möglichkeit, in der Innenstadt zu leben, Gäste zu bewirten und Handel zu betreiben.
- Der Erwerb von Forum, ehemaligem Wellenbad und Parkhaus Stadtmitte ermöglicht neue Perspektiven für die Entwicklung des Stadtkerns.

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Sie ist aber lang genug um deutlich zu machen: Es tut sich etwas in Lüdenscheid. Wir gestalten die Zukunft unserer Stadt für uns und für kommende Generationen. Wir werden unserer Verantwortung nicht nur in finanzieller Hinsicht gerecht, sondern auch in allen Bereichen der Stadtentwicklung.

Dazu gehören auch zukünftige Aufgaben:

- In Sachen Nachhaltigkeit müssen Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen. Es muss noch selbstverständlicher werden, die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes in allen Bereichen städtischen Handelns zu berücksichtigen. Die Verwaltung muss z.B. ungefragt städtische Gebäude auf deren Photovoltaik- und Gründacheignung untersuchen, sobald sie sich mit dem Bauwerk befasst. Es darf keiner Erinnerung durch die Politik mehr bedürfen.
- Am Ende der A45-Bedarfsumleitung wird das innerstädtische Verkehrsnetz in einem desolaten Zustand sein. Die höchste Belastung und damit die größten Schäden entfallen auf Landesstraßen. Wir müssen jetzt die Vorbereitungen dafür treffen, zusammen mit Straßen NRW sofort nach (Teil-) Fertigstellung der Brücke handeln zu können. Nach jahrelangen Staus durch den Umleitungsverkehr werden jahrelange Sanierungen das Straßenbild bestimmen. Hier dürfen wir nicht eine einfache 1:1-Wiederherstellung anstreben, sondern müssen zukünftigen Anforderungen gerecht werden. Dazu gehört eine bessere Berücksichtigung von Bus- und Radverkehr.
- Der rechnerische Haushaltsausgleich ist Voraussetzung für die Genehmigung des HSK. Daher sind darin für 2027 Steuererhöhungen enthalten. Diese wollen wir mit

aller Kraft vermeiden. Zentrales Anliegen aller Haushaltsplanberatungen der nächsten Jahre muss es daher sein, Alternativen zu entwickeln. Dies sind nur drei Themenfelder, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Weitere zeichnen sich bereits ab, einige werden unvorhergesehen hinzukommen. Wenn wir weiterhin zusammenhalten, werden wir die Herausforderungen auch in Zukunft gemeinsam meistern – unabhängig von den politischen Mehrheiten im Bundestag, im Landtag, im Kreistag oder hier im Stadtrat.

Umso bedauerlich ist es, dass die CDU sich nicht durchringen konnte, dem Doppelhaushalt mit HSK zuzustimmen. Ich hatte auf ein anderes Ergebnis gehofft, zumal die CDU sich diesmal intensiv mit den finanziellen Perspektiven der Stadt auseinandergesetzt zu haben schien. Der zehnteilige CDU-Antrag wurde positiv aufgenommen, intensiv beraten und größtenteils mit breiter Mehrheit beschlossen. Dass die CDU trotzdem keine Verantwortung für die erneute finanzielle Gesundung der Stadt übernehmen will, ist eine große Enttäuschung.

Meine Damen und Herren,

es ist gut, dass der Doppelhaushalt 2024/2025 heute auf den Weg gebracht wird. Zusammen mit dem HSK bietet er die Grundlage für den dauerhaften Erhalt unseres finanziellen Handlungsspielraums. Die FDP-Fraktion wird ihm zustimmen.

Nicht nur aus Tradition, sondern auch aus Überzeugung danke ich Herrn Haarhaus, Frau Pabst und ihren Teams für ihre Arbeit an den Entwürfen von Haushalts- und Stellenplan und an deren Umsetzung und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede 24 der Fraktion DIE LINKE

im Rat der Stadt Lüdenscheid

Jupp Filippek, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren

der Altkanzler Gerhard Schröder, der am 07.04.2024 seinen 80igsten Geburtstag feierte, erklärte in dem Artikel „Mea culpa ist nicht mein Satz“ in der SZ vom 06.04.2024: Es gebe für ihn zwei Dinge, die absolut richtig gewesen seien „Nicht mit den USA in den Irak-Krieg zu ziehen und die Agenda“. Die Agenda 2010 mit der gesellschaftsverändernden Einführung der reaktionären Arbeits- und sogenannte Sozialreformen – die Einführung von Hartz IV und die Ausweitung des Niedriglohnsektor sind damit gemeint.

Der Grund für den amerikanischen Überfall auf den Irak basierte – wie sich später herausstellte, auf eine Lüge. Hunderttausende gingen damals gegen diesen Krieg auf die Straße. Unter den Folgen dieses Krieges leiden die Menschen im Irak noch heute.

Die damalige Besonnenheit der deutschen Regierung würden wir uns auch heute noch wünschen. Die Bundesregierung sollte sich aktuell aktiv für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine und auch in Nahost einsetzen.

Leidtragende dieser Kriege sind die Menschen auf deren Rücken dieser schreckliche Krieg ausgetragen werden.

Dass Forderungen nach diplomatischen Initiativen, wie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag gefordert, diffamiert werden, ist unerträglich, ebenso schadet auch die ungeheure Aufrüstung die Interessen der Menschen in unserem Land.

Die Milliarden Summen verschlingende Aufrüstung gefährdet den Wohlstand breiter Bevölkerungsteile. Sie müssen aufgebracht werden zu Lasten von Maßnahmen für den Abbau von Armut, Gesundheit, Bildung, Wiederherstellung der Infrastruktur und Rettung unseres Planeten.

Die Agenda 2010 mit der Einführung von Hartz IV, Niedriglohnsektor, und zahlreichen weiteren Maßnahmen gegen abhängig Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner hat diese Republik grundlegend verändert. Vom Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist nicht viel übriggeblieben.

Gleichzeitig wurde für die Unternehmen und die Reichen in diesem Lande ein riesiges Steuerentlastungspaket aufgelegt. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben war und ist atemberaubend. Spätestens seitdem muss auch von öffentlicher Armut gesprochen werden. Die Menschen erleben nicht nur in Lüdenscheid, dass die aus dieser Politik entstehende unzureichende Finanzausstattung dazu führt, dass

der Staat seine Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnehmen kann: Heruntergekommene Infrastruktur, unzureichender Klima- und Umweltschutz, unzureichende Bildungsangebote, kränkelnde Gesundheitsversorgung seien stichwortartig genannt.

Darauf sollte Herr Schröder nicht stolz sein.

Diese neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik ist auf die Kommunen durchgeschlagen.

Aber es gab auch einmal andere – bessere Zeiten.

„Lüdenscheid ist keine arme Stadt, Filippk – machen sie was für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt“ war die Ansage 1978 vom damaligen Sozial- und Jugenddezernenten Gerd Schmidtman. Jugendeinrichtungen in Leifringhausen, Augustental, Brügge, Wehberg, und Dickenberg wurden eröffnet. Eine Jugendzentrumsbewegung setzte das Jugendkulturzentrum Schillerbad durch. Das Kulturhaus wurde gebaut, das Museum am Sauerfeld und die Bücherei in der Altstadt in historischen Gebäuden wurden eröffnet. Landeszuschüsse wurden gerne mitgenommen. Spielten bei kommunalen politischen Entscheidungen aber nur eine untergeordnete Rolle, weil die finanzielle Ausstattung der Stadt auskömmlich war und solche Projekte damals finanzierbar waren.

Alles Schnee von gestern.

Welche Bundes- oder Landesregierung von welchen Parteien auch regiert wurden, die Großkonzerne und Reichen in diesem Lande wurden seitdem massiv entlastet. Von den gleichen Parteien CDU, SPD, FDP oder Grüne wurde diese kommunalschädliche Politik auf kommunaler Ebene mitgetragen.

Erschreckend, wie wenig Einfluss die kommunalen Funktionsträger bei dem Brückendesaster und Silllegung des Bahnbetriebes auf Entscheidungen ihrer jeweiligen Parteien auf Landes- und Bundesebene haben

In der zehnjährigen sogenannten Haushaltskonsolidierung der Stadt Lüdenscheid wurden große Hoffnungen verknüpft. Versprochen wurde den Menschen, dass durch einen rigiden Sparkurs die Probleme gelöst und es in Lüdenscheid danach wieder aufwärts geht. Dieser Luftballon zerplatzte schon innerhalb eines Jahres. Wir haben diese Politik immer für falsch gehalten und den Haushalt deswegen abgelehnt.

In seiner Haushaltsrede musste der Kämmerer feststellen: - „Der Haushaltsplan weist für das Jahr 2024 ein Defizit von rd. 29 Mio. € aus. Eine Verschlechterung um über 20 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Das Defizit für das Jahr 2025 beträgt sogar 35 Mio. €“.

Bürgermeister und Kämmerer stellen unserer Meinung nach richtig fest, dass diese für die Menschen in Lüdenscheid katastrophale Finanzentwicklung ausschließlich von externen Faktoren abhängig ist. „Die erheblichen Verschlechterungen ergaben sich überwiegend aus externen, nicht durch die Stadt Lüdenscheid beeinflussbaren Faktoren“ heißt es im Haushaltsplanentwurf (S. 81) und weiter „Der Haushaltsausgleich wird somit trotz

Berücksichtigung von Spar- und Haushaltssicherungsmaßnahmen in den kommenden Jahren erheblich verfehlt“ (§ 84).

Man reibt sich da doch verwundert die Augen:

Obwohl sich das Haushaltssicherungskonzept als untaugliches Konzept erwiesen hat, soll es erneut in Kraft gesetzt werden. Die perspektivlose Hampelei wird fortgesetzt. Erneut wird der Versuch unternommen, sich mit dem eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Wir sind vielmehr der Meinung, dass Druck auf die Landesregierung von CDU und Grünen in Düsseldorf und die Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP für eine grundlegend verbesserte Finanzausstattung der Kommunen ausgeübt werden muss.

Die kommunale Selbstverwaltung ist nur noch eine Farce. Die Steuerung lokaler Aktivitäten wird durch die Förderprogramme der Landesregierung bestimmt. Nicht vor Ort wird diskutiert, was für Einrichtungen und Leistungen für die Menschen zuvörderst notwendig sind, sondern Projekte und Maßnahmen werden nur auf den Weg gebracht, wenn sie überwiegend von Land und Bund gefördert werden. Dass hat ja auch unser stellvertretender Bürgermeister erkannt – wie am Samstag in der LN zu lesen war.

Wenn die Sanierung des Bremecker Hammers nicht gefördert wird, dann lässt man ihn verfallen. Wir begrüßen, dass sich Menschen in unserer Stadt auch praktisch für die Sanierung des Hammers einsetzen wollen. Das wird aber ohne finanzielle Förderung der Stadt nicht möglich sein. Erneut haben CDU, SPD, FDP und Grüne unseren Antrag abgelehnt, dafür die notwendigen Mittel in den Haushalt einzustellen. Von daher ist berechtigte Skepsis angesagt, ob es zu einer Meinungsänderung bei den Mehrheitsparteien kommt. Oder man eher darauf hofft, für den Abbruch des Bremecker Hammers in den nächsten Jahren einen Landeszuschuss zu bekommen.

Erneute Schaffung eines Seniorentreff auf dem Rathausplatz, den es mal gut besucht in der Innenstadt gab? Sozialberatungsstelle oder ein dringend notwendiges Frauenhaus – dafür gibt es keine Zuschüsse. Unsere Anträge dazu – wurden natürlich abgelehnt.

Die angesagte Haushaltskonsolidierung bedeutet für die Bürger: Sie müssen sich erneut auf finanzielle Belastungen einstellen. Steigende Gebühren für Kinder in den Kitas stehen bald wieder zur Diskussion und Entscheidung. Die Grundsteuer B, die ganz besonders die Mieter belasten, werden schon allein wegen der gesetzlichen Neuregelung wieder zur Kasse gebeten. Die hiesigen Unternehmen aber können sich bei der CDU bedanken. Die hat schon im Vorfeld geklärt, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer für die Unternehmer tabu bleibt.

Die kommunale Infrastruktur wurde durch eine falsch verstandene „Sparpolitik“ an die Wand gefahren. Straßen, Schulen und andere städtische Gebäude wurden und werden aller Voraussicht nach auch zukünftig vernachlässigt. Die Folgen werden immer sichtbarer.

Bedeutende Firmen wie aktuell der Konzern Kostal gehen ins Ausland und vernichten qualifizierte heimische Arbeitsplätze. Die Unsicherheit bei den abhängig Beschäftigten ist

groß. Ist mein Arbeitsplatz sicher? Fragen sich viele verängstigte Menschen. Keiner kann das sagen.

Die Armut nimmt auch in Lüdenscheid zu – in einem der reichsten Länder der Welt. Besonders schlimm, dass immer mehr Kinder betroffen sind. Die Stadt fühlt sich da nicht zuständig. Ein von uns geforderter Armutsbericht wird verhindert. Die betroffenen Menschen sind auf private Initiativen wie Caritas und Tafel angewiesen, die lediglich mit einem Mietzuschuss von 8.500,-- €, im wahrsten Sinne des Wortes, abgespeist wird.

Immer mehr Menschen stellen die Handlungsfähigkeit des Staates infrage, wovon die Rattenfänger der AfD profitieren.

In der Umwelt- und Klimapolitik hat sich die Politik notwendigerweise viel vorgenommen. Eine Reihe von Untersuchungen und Konzepten sind entwickelt worden: Aktionsprogramm Klimaschutz, Konzept „Global nachhaltige Kommune“, Nachhaltigkeitsbericht und Nachhaltigkeitsstrategie und Stadtklimaanalyse. Jetzt kommt es darauf an, diese Ansätze auch Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür ist Personal und erhebliche Investitionen notwendig. Schon jetzt gibt es Widerstand, wie z. B. der Realisierung einer Fahrradstraße „Knapp“. Dafür sind viel Aufklärung und Diskussion notwendig. Studien und Erfahrungen aus anderen Städten zeigen aber, dass verkehrsberuhigte Bereiche und Fahrradstraßen zur Steigerung des Umsatzes beitragen. Das muss den Menschen und Inhabern von Geschäften vermittelt werden. Sie müssen mitgenommen werden.

Der Individualverkehr soll entsprechend der Beschlusslage weitgehend aus der Innenstadt verbannt werden. Notwendig ist dabei die Förderung von Fußgänger-, Fahrrad- und den massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Notwendige Initiativen sind da aktuell nicht erkennbar. Die Fortschreibung des gesetzlich vorgeschriebenen Nahverkehrsplan lässt weiter auf sich warten. Der Märkische Kreis ist da in der Verantwortung.

Nach dem „Handlungskonzept Wohnen“, dass vom Rat beschlossen wurde, müssen jedes Jahr 100 – 130 Wohnungen neu gebaut werden. Davon 50 bis 70 Wohnungen im Mietwohnungsbau. Umsetzung? Fehlanzeige! Die hundertprozentige Tochter Lüdenscheider Wohnstätten ist ein Totalausfall. Vor Jahren schon wurden die Wohnungen der LüWo am Grünwald leegezogen. Energetisch großzügige, bezahlbare Wohnungen sollten neu entstehen. Wegen der Kostenentwicklung ist wie bei vielen anderen Projekten auch, Stillstand angesagt. Was der Aufsichtsrat bestehend aus Mitgliedern von CDU, SPD und Grüne in nichtöffentlichen Sitzungen aushecken, erfährt weder der Rat noch die Öffentlichkeit. Das ist nicht länger hinzunehmen. Der soziale Wohnungsbau muss nicht nur in Lüdenscheid reaktiviert werden.

Erhebliche Investitionen sind den Märkischen Kliniken zur Verfügung zu stellen. Eine große Herausforderung ist da in den nächsten Jahren zu stemmen.

Der geplante kommunale Ordnungsdienst wird mit rund 20 Planstellen langfristig ein erheblicher Kostenfaktor im städtischen Haushalt. Wir haben die Einführung abgelehnt. Er gaukelt den Bürgern Sicherheit und Ordnung vor, die er nicht erfüllen kann. Das kann allein die Polizei gewährleisten.

Mit TUMO Lüdenscheid soll ein neues kostenloses Lernzentrum für Jugendliche entstehen. Hier sollen Jungen und Mädchen freiwillig und außerhalb von der Schule ihre Fähigkeiten entwickeln. Es gibt Themenbereiche und Aktivitäten wie Programmieren und Robotik über Musik-Produktion bis hin zu Animation, Fotografie oder Grafik Design. – Ein anspruchsvolles Projekt vom Bund massiv gefördert. Langfristig ist diese Einrichtung aber ein Klotz am Bein für die Stadt, weil die Zuschüsse des Bundes begrenzt sind. Ob es einen kurz- oder langfristigen Bedarf von vielen Kindern und Jugendlichen für dieses anspruchsvolle Angebot gibt? Wir wissen es nicht. Dafür gibt es keine Untersuchung. Skepsis ist mehr als angebracht. Wir haben von daher dieses Projekt abgelehnt.

Mit der Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft werden dem Rat der Stadt zentrale Aufgaben und Entscheidungen entzogen. Ein massiver Abbau von Demokratie. Geschäftsführung und Aufsichtsrat treffen in nichtöffentlichen Sitzungen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wichtige Entscheidungen. Ein neuer Apparat entsteht. Zusätzliche Büroräume und mehr Personal sind notwendig. Eine weitere Zersplitterung der Zuständigkeiten ist die Folge. Abstimmungsnotwendigkeiten nehmen weiter zu. Alle Reden von Bürokratieabbau. Hier entsteht genau das Gegenteil. Wir haben dem von daher nicht zugestimmt.

Im Kinderbildungsgesetz der Landesregierung ist die Finanzierung der Kindertagesstätten klar geregelt. Die Träger der Einrichtungen insbesondere die ev. und kath. Kirchen haben dabei ihren vorgeschriebenen Beitrag zu leisten. In Lüdenscheid wird seit Jahrzehnten diese gesetzliche Regelung unterlaufen. Da hat man die Spenderhosen an. 1,2 Millionen jährlich zahlt die Stadt Lüdenscheid „freiwillig“ an diese Träger. Hinzukommen weitere Zuschüsse und der Bau von neuen Einrichtungen, die dann den sogenannten freien Trägern zu Verfügung gestellt werden.

Wir lehnen diese Sondersubventionierung ab.

Öffentliche und private Armut muss es in unserem reichen Land nicht geben. Es ist kein Naturgesetz. Eine lebenswerte Stadt Lüdenscheid für alle ist möglich. Dafür aber müssen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die sind bei der jetzigen Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht annähernd vorhanden. Sie sind aber über eine drastische Besteuerung von Unternehmen und Reichen möglich. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums fordern nicht nur wir Linken, sondern auch die Gewerkschaften und andere gesellschaftlichen Organisationen. So fordert der DGB in seinen finanzpolitischen Forderungen u.a. die Wiedererhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Reichensteuer, eine Finanztransaktionssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch die Schaffung von mehr Stellen für Steuerprüfer.

In der Lüdenscheider Kommunalpolitik werden solchen Forderungen noch nicht diskutiert. Dagegen haben sich zahlreich Kommunen u. a. auch die Stadt Hagen in der Initiative „Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen, um eine grundlegend bessere Finanzierung der Kommunen zu erreichen. Auch unsere Stadt sollte sich dieser Initiative anschließen.

Der vorliegende Haushalt löst die aktuellen und zukünftigen Probleme unserer Stadt nicht. Er verschärft sie vielmehr. Wir lehnen diesen Haushalt von daher ab. Auch von dem vorgelegten Stellenplan sind wir nicht im vollen Umfang überzeugt. Stimmen ihm trotz großer Bauchschmerzen aber zu.

Herr Bürgermeister,
Herr Haarhaus,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die politische und finanzpolitische Gesamtlage in Deutschland ist an Konfusion kaum zu überbieten. Das hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Stadt Lüdenscheid.

Lüdenscheid muss wieder, praktisch nahtlos, in die Haushaltssicherung. Das ist tragisch. Gerade für dieses und weit in das nächste Jahrzehnt hinein, in denen, insbesondere für Umwelt- und Klimaschutz, Gestaltungsspielräume so dringlich sind und an die erste Stelle gehören. Die Haushaltseckdaten der Stadt weisen für 2024 und 2025 leider sehr große Defizite aus, die kommunale Selbstverwaltung ist außer Kraft gesetzt.

Trotz dieser Misere bewegt mich die Frage, wie und wo wir als Stadt Räume schaffen können, eigene Kräfte mobilisieren, um dennoch etwas tun und bewegen zu können.

Der Doppel-Haushalt hat diese Perspektive nicht, im Gegenteil, ich kann ihm nicht zustimmen, lehne ihn ab.

Meine Ablehnung möchte ich an einem externen Vorgang ansprechen und hernach den Bezug zum Haushalt der Stadt Lüdenscheid herleiten:

Am 5. Februar diesen Jahres hat Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, die von der Bundesregierung geplante Kraftwerksstrategie vorgestellt. 16 Milliarden Euro sollen in den kommenden 20 Jahren zur Verfügung gestellt werden, um, ausgerechnet mit dem fossilen Energieträger und gleichzeitigem Klimakiller Gas, 20 Kohle- und Gaskraftwerke zu grün-wasserstofffähigen Gaskraftwerken mit einer Leistung von 10 Gigawatt umzurüsten bzw. bauen.

Diese Kraftwerksstrategie hat Prof. Claudia Kemfert, führende deutsche Energieökonomin, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung am 5. Februar für Grundfalsch erklärt und überzeugend begründet.

In einem Interview dazu im Zweiten Deutschen Fernsehen lautet der Kern-Satz Ihrer Kritik:

Zitat:

"Man denkt nicht wirklich vom Ende her, sondern man denkt im jetzigen System und verlängert alles so lange wie es möglich ist".

Zitatende.

Auch der Haushalt der Stadt Lüdenscheid denkt m. E. nicht wirklich vom Ende her, sondern weiter im jetzigen System. Daher, insbesondere neben anderen externen Faktoren, verändert sich in Lüdenscheid nichts wirklich, das jetzige System wird immer und immer nur verlängert.

Zwei Beispiele, die mir Grund allein sind, den Haushalt abzulehnen. Zum einen: Die PV-Anlage auf dem Dach der neuen Musikschule. Nach dem einstimmigen Beschluss des Rates vom 7.2.2022 zur nachträglichen Errichtung der PV-Anlage sind 8.000 Euro in 2023 für die Planung der Anlage in den Haushalt eingestellt worden. Diese 8.000 Euro sind 2023 nicht in Anspruch genommen worden. Im vorliegenden Haushalt, und bis 2028, ist überhaupt kein Ansatz ausgewiesen. Heißt doch: Die PV-Anlage wird nicht mehr gebaut. Dieser Vorgang ist für mich absolut inakzeptabel, ein Unding. Zum zweiten: Autofreie Innenstadt. Im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz vom 28.02.2024, ist, zum Antrag der CDU Fraktion hinsichtlich der Errichtung von E-Ladesäulen in der Innenstadt, von Verwaltungsseite, aus dem "wie" einer autofreien Innenstadt, ein "ob" geworden. Der "Aktionsplan Klimaschutz" und das Handlungsprogramm "Global Nachhaltige Kommune Lüdenscheid" sprechen sich dagegen für die "autofreie Innenstadt" aus.

Diese beiden Beispiele sind für mich ein Gradmesser. Ein Gradmesser, wie es um Klimaschutz, Global Nachhaltige Kommune im Denken der Verwaltung, und hinsichtlich Mittelbereitstellung, wirklich steht. Hat der Starkregen 2021, das Waldsterben, das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021, der Zusammenbruch der gesamten Verkehrsstruktur, für uns irgendeine Bedeutung? Und hat das, was uns diese Dinge sagen, irgendeine Konsequenz zum Umbau, auch im Haushalt? Nein. Es scheint, wie wenn der weltweite Klimakollaps, dessen Auswirkungen Lüdenscheid äußerst hart getroffen haben, für Lüdenscheid nicht existieren, keine

besondere Herausforderung darstellen. Nach meiner Wahrnehmung spiegelt sich in manchen Bereichen des Haushalts weiterhin eine Mentalität des "wünsch dir was" wieder.

Leider, ausgerechnet aus dem Fachbereich Klima- und Umweltschutz selbst, scheint Verschiedenes nur "symbolisch" gemeint, ist Aktionismus, Kosmetik, wie beim Earth Hour Tag. Man will lediglich ein Zeichen setzen, man klopf sich selber auf die Schulter, sieht her wie gut wir sind, will im ganzen Land glänzen. Den Willen, das 1,5 ° Celsius-Ziel von Paris zu erreichen, hat man seit geraumer Zeit nicht mehr, glaubt selber nicht daran, konzentriert sich auf die Klimafolgenanpassung. Das ist zu wenig. Auf den Punkt gebracht: Die Welt steht am Abgrund und Lüdenscheid, trotz Ratsbeschluss, kriegt eine simple-PV Anlage nicht auf´s Dach. Warum nicht? Die Stadt müsste vorangehen und Bürgerbeteiligung und die Mitwirkung anderer Dritter beim Ausbau dezentral erzeugter Erneuerbarer Energien, fördern, z. B. von PV und Windkraft. Zügig umsetzbare Projekte sind die Erneuerung der PV-Anlage auf dem Dach der Theodor-Heuss Realschule oder des Bergstadt-Gymnasiums, ebenso anderer städtischer Liegenschaften. Über die Beteiligung aus der BürgerInnenschaft könnte die Stadt Personal in der ZGW sparen, das sie gar nicht hat, und gleichzeitig Klimaschutz betreiben, die Erneuerbaren ausbauen, kostenneutral für die Stadt! Warum tut die Stadt das nicht? Welchen Preis werden zukünftige Generationen für den Stillstand, nein Rückschritt, zahlen? Hat die Stadt Angst, energiestrategischen und finanziellen Kannibalismus zu betreiben, wenn andere als die ENERVIE, auch nur ein Kilowatt Strom erzeugen?

Ein gedanklicher Kernfehler, auch im Hinblick auf kommende Haushalte, besteht m. E. darin, zu glauben und die Menschen glauben zu machen, Lüdenscheid könne "grüne Industriestadt" werden. Das ist ein folgenschwerer Irrglaube. Lüdenscheid kann nicht "grüne Industriestadt" werden. Die Wachstumspflicht des Kapitals verhindert das, zerstört den Planeten. Man kann nicht gleichzeitig aufs Gas- und Bremspedal treten. Um im Bild zu bleiben: Wenn man das tut, dann sind die Bremsen schnell verschlissen und man kann schliesslich gar nicht mehr bremsen. Und die Menschheit ist kurz davor, nicht mehr bremsen zu können.

Das "nicht vom Ende her denken", und der Wachstumswahn, wird auch am Beispiel der Errichtung der Rahmede-Talbrücke und des 6spurigen Ausbaus der A45 deutlich. Alles, mit Unterstützung der Stadt, in Rekordzeit, möglichst morgen, damit der ganze Wahnsinn des höher, schneller, und weiter fortgesetzt wird.

Jedoch: Es ist "Zeitenwende". Nicht aber die militärische Zeitenwende eines Olaf Scholz, sondern der Zeitenwende, bei der es um das Überleben der Menschheit geht, und zu der Lüdenscheid einen wichtigen Beitrag leisten kann und muss.

Die Zeitenwende erfordert Transformation, in allen Bereichen, auch des Haushalts. Ist das denkbar, Herr Haarhaus, trotz Haushaltssicherung? Ist Haushalt auf Ewigkeit in Stein gemeißelt? Erfordern nicht andere Zeiten ganz andere Haushalte? Wie können wir, ob der Zeitenwende, den Umbau, das Umdenken, das Umhandeln zu dem, was wirklich erforderlich ist, was wirklich gebraucht wird, beginnen? Im vorliegenden Haushalt ist ein Aufbruch für mich nicht erkennbar, im Gegenteil. Erforderlich aber sind Innovationen, die zu effektiver Nachhaltigkeit führen, in die sozial-ökologische Transformation, auch in Lüdenscheid.

Dringend sind Prioritäten, andere Prioritäten, die zu einer drastischen Reduzierung von Treibhausgasemissionen führen. Z. B. durch Sparen von Energie und Ressourcen, durch Mittelbereitstellung und Ausbau Erneuerbarer Energien, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Fahrradinfrastruktur, des Fußverkehrs u. a.

Fördermittel dürfen nicht ausschlaggebend für die Umsetzung von Projekten sein. Sie sind nur dann zu beantragen, wenn die Sache wirklich erforderlich ist und nicht weitere Kosten nach sich zieht.

Tumo, ursprünglich für Armenien richtig konzipiert, Kommunalen Ordnungsdienst, Stadtgarten, Straßenausbau in einer Nebenstraße von Piepersloh, z. B., sind entbehrlich, insbesondere dann, wenn man kein Geld hat, pleite ist.

Kostenintensive externe Gutachten sind zu minimieren. Eine Stadtklimaanalyse kann intern erstellt werden. Angstgetriebenheit möchte überwunden und Mut aufgebracht werden, Dinge selber zu machen, z. B. die Knapperstraße als Fahrradstraße ausbauen.

Vom Ende her denken bedeutet: Genug, weniger und Verzicht. Ja, Verzicht. Genug, weniger und Verzicht meint nicht nur Reduzierung, sondern das wirkliche Beenden von bisher als selbstverständlich angenommenen Verbräuchen und Verhaltensweisen. Es meint in keinem Fall die

Verstärkung eines Mangels bei ohnehin benachteiligten Menschen. Gutes Leben, für alle Menschen überall auf der Welt, liegt jenseits von Konsumismus, Wachstumswahn und Überfluss.

Claudius Bartsch
ÖDP-Die Naturschutzpartei
ÖDP Ratsmitglied im Rat der Stadt Lüdenscheid

-eing. 26.3.24

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtag Nordrhein-Westfalen • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Stadt Lüdenscheid
Der Bürgermeister
Herrn Sebastian Wagemeyer
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

Auskunft erteilt: Dr. Michael Kober
Telefon: (0211) 884-2480
Fax: (0211) 884-3002
E-Mail: michael.kober
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen: I.A.1

Düsseldorf,  . März 2024

Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung in Städten und Gemeinden Ihr Schreiben vom 20. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für Ihre Schreiben vom 20. März 2024 danke ich Ihnen.

Dieses ist als **Zuschrift 18/176** den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und den Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend zur Kenntnis gebracht worden. Somit ist sichergestellt, dass Ihr Anliegen in den parlamentarischen Beratungen Berücksichtigung finden können.

Ich hoffe, Ihrem Anliegen damit Rechnung getragen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Kober



CDU Lüdenscheid | Friedrichstr. 21 | 58507 Lüdenscheid

Stadt Lüdenscheid
Bürgermeister Sebastian Wagemeyer
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

per E-Mail

CDU Ratsfraktion Lüdenscheid
Friedrichstraße 21
58507 Lüdenscheid

Lüdenscheid, 8. April 2024

Anfrage zu den Bautätigkeiten "Karussellplatz"

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,
lieber Sebastian,

in der letzten Woche habe ich beim Einkaufen miterlebt, dass bzw. wie sehr Lüdenscheider Einzelhändler von Bautätigkeiten betroffen sein können, obwohl es "vor der Tür" noch keine Baustelle gibt: Dort steht ein Hochbehälter umgeben von Absperrungen. In bestimmten Zeiträumen ist der gesamte Verkehrsweg aus Richtung Wilhelmstraße mit Baustellenfahrzeugen, Schläuchen und Paletten belegt.

Für die Ratssitzung am 15. April 2024 bitte ich um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

- 1) Welche Zeitplanung für die aktuellen Tätigkeiten am Karussellplatz war ursprünglich vorgesehen und wie sieht diese aktuell aus (Soll-Ist-Vergleich)?
- 2) Welche Hinweise/Forderungen liegen der Stadt Lüdenscheid aus dem Lüdenscheider Einzelhandel zur konkreten Thematik vor? Welche Maßnahmen sind evtl. dazu bereits ergriffen worden?
- 3) Welche alternativen Aufstellflächen gibt es für diese - ortsunabhängigen - Tätigkeiten (sofern die Beeinträchtigungen über den April hinaus andauern sollten)?
- 4) Da im nicht abgesperrten Verkehrs-Bereich Baustellenfahrzeuge auf der gesamten Breite rangieren, Schläuche verlegt und Absperrungen geöffnet waren: Wie wird sichergestellt, dass die Regeln zur Unfallverhütung eingehalten werden?

DGUV Vorschrift 38

§8, Absatz 1

Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass Arbeitsplätze und Verkehrswege so eingerichtet und beschaffen sind, dass sie (...) ein sicheres Arbeiten, Begehen oder Befahren ermöglichen. Arbeitsplätze und Verkehrswege müssen ausreichende Abmessungen aufweisen.

§8, Absatz 3

Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Durchführung von Bauarbeiten Verkehrswege sicher begehbar oder befahrbar sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Christoph Weiland
- Ratsmitglied -

Über FB 6 gez. Marcus Müller
an 10

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.04.2024 zu den Bautätigkeiten
„Karussellplatz“

1. Welche Zeitplanung für die aktuellen Tätigkeiten am Karussellplatz war ursprünglich vorgesehen und wie sieht diese aktuell aus (Soll-Ist-Vergleich)?

Die Arbeiten in der Wilhelmstraße sollten ursprünglich im Frühjahr 2024 abgeschlossen sein. Aufgrund von Lieferverzögerungen und wetterbedingten Stillstandszeiten werden die Baumaßnahmen nach derzeitigem Stand im Juli 2024 abgeschlossen. Vorgesehen sind die Arbeiten am Karussellplatz für Juni/Juli 2024.

2. Welche Hinweise/Forderungen liegen der Stadt Lüdenscheid aus dem Lüdenscheider Einzelhandel zur konkreten Thematik vor? Welche Maßnahmen sind evtl. dazu bereits ergriffen worden?

Die gesamte Baumaßnahme führt zu erheblichen Belastungen bei den Einzelhändlern. Im Vergleich zu den direkten Anliegern der Wilhelmstraße sind die Belastungen im Bereich des Karussellplatzes bisher eher als gering zu bezeichnen. Der direkte Anlieger fühlt sich durch das Silo stark beeinträchtigt und hat sich mehrfach an die Stadt und den STL gewandt. Daraufhin ist der Bauzaun um das Silo enger gefasst und mit Bannern die direkte Sicht verhindert worden. Dem Anlieger wurde mehrfach angeboten, den Bauzaun über eigene Banner als Werbemöglichkeit zu nutzen. Die Kosten hierfür wären übernommen worden, das Angebot wurde bislang aber nicht wahrgenommen.

Die Baufirma wurde angewiesen, die Beeinträchtigung durch die Entnahme von Material aus dem Silo für den Anlieger so gering wie möglich zu halten. Das Material wird nicht ständig benötigt, hauptsächlich wenn z. B. das kleinteilige Pflaster verlegt wird. Daher sollte die Belastung durch die Entnahme immer nur einen überschaubaren Zeitraum umfassen. Ein Zugang zum Karussellplatz ist jedenfalls jederzeit zumindest aus Richtung Schillerstraße möglich.

3. Welche alternativen Aufstellflächen gibt es für diese –ortsunabhängigen- Tätigkeiten (sofern die Beeinträchtigungen über den April hinaus andauern sollten)?

Im Rahmen von Beschwerden und Hinweisen des Anliegers wurden mehrfach alternative Standorte geprüft, konnten aber nicht gefunden werden. Standorte wie Rosengarten, Sternplatz oder Rathausplatz hätten zu größeren Beeinträchtigungen geführt. Sobald die Baumaßnahmen am Karussellplatz beginnen, wird das Silo entfernt werden müssen. Dabei wird noch nach einem neuen Standort für die restliche Bauzeit gesucht.

4. Da im nicht abgesperrten Verkehrs-Bereich Baustellenfahrzeuge auf der gesamten Breite rangieren, Schläuche verlegt und Absperrungen geöffnet waren: Wie wird sichergestellt, dass die Regeln zur Unfallverhütung eingehalten werden.

Zur Einhaltung der DGUV Vorschriften ist der Unternehmer verpflichtet. Eine Baustelle im Innenstadtbereich hat sicherlich besondere Herausforderungen, wenn man allen Beteiligten gerecht werden will. Um Zugänge zum Einzelhandel zu ermöglichen, Material heranzuschaffen und einen Baufortschritt zu erreichen, muss häufig mit Augenmaß gearbeitet werden. In diesen Fällen ist eine komplette Sperrung häufig nicht möglich und man arbeitet z. B. mit Sicherungsposten. Auf die Einhaltung der DGUV Vorschriften wird der Unternehmer zusätzlich hingewiesen sobald Nichteinhaltung erkannt oder über Beschwerden zugetragen werden.

gez. Andreas Fritz



CDU Lüdenscheid | Friedrichstr. 21 | 58507 Lüdenscheid

Stadt Lüdenscheid
Bürgermeister Sebastian Wagemeyer
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

per E-Mail

CDU Ratsfraktion Lüdenscheid
Friedrichstraße 21
58507 Lüdenscheid

Lüdenscheid, 14. April 2024

Anfrage zur Vermüllung des Bahngeländes unterhalb der Phänomenta

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,
lieber Sebastian,

die Bahnverbindungen nach Lüdenscheid sollen in Kürze wieder aufgenommen werden. An diesem Wochenende waren die Gleise sowie der Parkplatz unterhalb des Phänomenta-Geländes stark vermüllt (siehe Seite 2).

Daher stelle ich die folgende Anfrage für die Ratssitzung morgen (15. April 2024):

- 1) Kann die Stadtverwaltung die Deutsche Bahn auf diese Zustände hinweisen und - ggf. gemeinsam kurzfristig nach Möglichkeiten suchen - das Gelände zu „enthüllen“, bevor es die Zugfahrpläne nicht mehr ermöglichen bzw. „erschweren“?
- 2) Spätestens seit dem Antrag der CDU Fraktion, der in der Sitzung vom 24. November 2021 angenommen worden ist, ist der Stadtverwaltung die „Vermüllung“ des Bahngeländes bekannt (siehe Anlage):
 - Welche Maßnahmen sind - ggf. in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn getroffen worden, um die weitere Vermüllung zu vermeiden?
 - Wann wird es möglich sein, den Fußweg zwischen Phänomenta-Brücke und Friedhofstraße außerhalb der Phänomenta-Öffnungszeiten i. S. des politischen Auftrags vom 24. November 2021 abzusperren?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Christoph Weiland
- Ratsmitglied -



Unterhalb der Phänomenta:



P+R-Parkplatz (neben dem Bahngelände):





CDU Ratsfraktion

Lüdenscheid
jetzt besser machen.



CDU Lüdenscheid | Friedrichstr. 21 | 58507 Lüdenscheid

Stadt Lüdenscheid
Bau- und Verkehrsausschuss
Herrn Jens Holzrichter (Vorsitzender)

per E-Mail

CDU Ratsfraktion Lüdenscheid

Friedrichstraße 21
58507 Lüdenscheid

Lüdenscheid, 22. November 2021

Antrag zum Schutz des Phänomenta-Geländes vor Vandalismus

Sehr geehrter Herr Holzrichter,
lieber Jens,

wir bitten darum, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 24. November 2021 aufzunehmen.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, den Fußweg zwischen Phänomenta-Brücke und Friedhofstraße (oberhalb der Phänomenta) außerhalb der Öffnungszeiten durch die Phänomenta mit Toren abzusperren und das Hausrecht ausüben zu können. Die hierfür notwendigen Maßnahmen (Teileinziehung der Fläche, Nutzungsmöglichkeit durch die Phänomenta) sind in die Wege zu leiten.

Begründung

Das Umfeld der Phänomenta wird - vor allem an Abenden und den Wochenenden - stark verunreinigt. Ein weiteres Problem ist der Vandalismus: Im August wurde z. B. die Steele der Stadt Lüdenscheid beschädigt; Müll und Gegenstände werden auf das Bahngelände in Richtung der Gleise geworfen. Es entstehen hohe Personalkosten für die Beseitigung von Müll, Scherben und Fäkalien auf dem Weg bzw. im Eingangsbereich der Phänomenta.

Unterschiedliche Fachdienste sind seitens CVJM und Phänomenta seit einigen Jahren auf die Problematik hingewiesen worden. Weder die Gespräche noch getroffene Maßnahmen (Ansprache der Jugendlichen, Einsatz eines Wachdienstes ohne Verweisungsrecht auf öffentlicher Fläche, ...) haben bisher zu einer Verbesserung der Situation geführt.

Mit einer Absperrung des Weges könnte die Phänomenta sowohl ungebetene Besucher des Geländes verweisen (lassen) als auch diesen Außenbereich für die Aufstellung von Exponaten nutzen. Die Friedhofstraße ist auch weiterhin über den Phänomentaweg unterhalb der Phänomenta erreichbar.

Mit freundlichem Gruß

gez.
Oliver Fröhling
Vorsitzender
der CDU Ratsfraktion

gez.
Christoph Weiland
Geschäftsführer
der CDU Ratsfraktion

Lüdenscheid, 15.04.2024

Mündliche Anfrage Bündnis 90/Grüne für die Ratssitzung am 15.04.24

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

beim Besuch der Sporthalle der Hauptschule Am Stadtpark kann beobachtet werden, wie der Prallschutz an der Seitenwand Woche für Woche zunehmend sanierungsbedürftiger wird.

Aktuell ist die Wandverkleidung an der „Garagenseite“ fast vollständig zerstört; beispielsweise hängen Teppichfetzen von der Wand, Löcher werden in der Unterkonstruktion des Prallschutzes sichtbar, Material des Prallschutzes ist stellenweise porös und verteilt sich beim Aufprall in der Halle, eine Metallschiene steht durch den fehlenden Prallschutz aus der Wand hervor.

Ein Aufprall auf die an der Wand befestigten Schiene im gestrigen Spiel der Baskets Lüdenscheid hat zu einer leichten Verletzung eines Kindes geführt.

Unsere Anfrage:

- Ist der beschriebene Sachverhalt der Stadtverwaltung bekannt?
- Gibt es bereits möglicherweise einen Zeitplan zur Sanierung des Prallschutzes?
- Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wann wird die Halle durch die Stadtverwaltung besichtigt und eine Sanierung beauftragt?

Für die Fraktion von Bündnis 90/Grüne



Tanja Tschöke



Andreas Stach